VEB INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



IWF in Berlin

Hauptstadt der DDR

Nr. 30 25. November 1988

vorherige Worte

zum EbLT-Papier-

wie uns zugetragen wurde,wurde unserer Mutmaßung aus der Nr.28-die Welt ist eine Scheibe-zunächst glauben geschenkt.Nun erreichte uns ein Papier,welches behauptet,die Erde ist doch rund.Nach der Lektüre desselben kommen wir zu der Einschätzung,das die Tatsache,das die Erde rund ist,reichlich flach ist.

zu einer Anfrage-

die Senf-Gruppe möchten wir bitten,uns ihre IWF-Auswertung zuzuschicken, die Beiträge der Sonntagsdemo möchten wir nicht drucken,bzw. wir möchten dieses Blättchen nicht zu einer Doku machen.

zur Männerkiezküche-

entgegen anderslautender Gerüchte haben wir bis jetzt **alle** Beiträge,die uns zu diesem Thema **erreichten** abgedruckt.Sollte eines fehlen bitte zuschicken.

zu überhaupt-

in der nächsten Nummer werden wir die Flugis etc. bringen,die diese Woche keinen Platz mehr fanden.Redaktionsschluß ist weiterhin Dienstagnachmittag undsoweiter

INTERIM
Gneisenaustr.2a
1/61

P.S.
wir haben uns riesig über die vollständige Terminliste gefreut!!!!!!!!!!!



Diesmal gibt es 12 satte Seiten DDR (und Prag). Alle Artikel stammen aus verschiedenen Ausgaben der "Umweltblätter" (ein paar Seiten weiter haben wir ihren Zeitungskopf mit abgedruckt), einem in Berlin - Hauptstadt der DDR erscheinendem Untergrundblättchen. Der Zusatz "nur zur innerkirchlichen Information", den fast alle DDR-Publikationen aus der Szene tragen, schafft einen gewissen formalen Schutz. Dem "Grenzfall" gelang es nur wenige Monate offensiv aus dem Schutz der Kirche herauszutreten, dann wurde er im Gefolge der Januarereignisse '88 eingemacht. So wird der Szene zwar ein gewisser Freiraum in der Kirche zugestanden, gleichzeitig ist aber mit der Kirche ein neuer "Aufpasser" da, der ebenfalls seine eigenen - gewiß nicht sozialrevolutionären - Interessen verfolgt. Zur Zeit ist es in der DDR noch nicht möglich sich offen außerhalb der Kirche zu organisieren. Deshalb ist auch eine Demo gegen den IWF ein "Pilgermarsch" von Kirche zu Kirche, deshalb heißt es "Schwule/Lesben in der Kirche", und finden alle Veranstaltungen in Kirchenräumen statt.
Unsere Beiträge beginnen mit einer Eingabe (so eine Art Bittschrift an die Herrschenden, das gebräuchlichste Mittel in der DDR, Druck auszuüben); berichten weiter, was die SED wirklich will ("Ruhe und Ordnung"), und erzählen dann die Geschichte des gescheiterten Pilgermarsches gegen den IWF. Danach folgt ein offener Brief an die Kirchenleitung, die natürlich (ähnlich wie die westdeutsche Sozialdemokratie), wenns drauf ankommt, sich immer auf die Seite von "Ruhe und Ordnung" sich schlägt. Es folgt ein Beitrag über dei Diskussionen über die Wirtschaftsreformen im RGW, in dem das Dilema deutlich wird, eingekeilt zu sein zwischen Ausverkauf an den Kapitalismus (Ungarn) und einer Fortsetzung der autoritären Planwirtschaft von Oben wie in derDDR Aber schon deutlich schält sich zwischen den Zeilen eine rätekommunistische Lösung heraus.
Weiter gehts mit Berichten über Eieranschläge auf den neuen Wartburg, Hausbesetzungen, ein Info-Blatt zu den Schulverweisen in Berlin, ein Bericht von Punks aus Dresden und ein Erlebnisbericht von der Demo am 21.8.88 in Prag. Solcher Art Berichte haben in der DDR einen enormen Stellenwert, da in den offiziellen Medien über diese Ereignisse kein Sterbenswörtchen verloren wird.
Nebenan noch das Neuste zum Thema aus dem TSP - die Wählbarkeit von DirektorenInnen und LehrerInnen durch die SchülerInnen könnten wir hier auch mal auf die Tagesordnung setzen.

In einer von mehr als 25 Basis-Gruppen aus Ost-Berlin und mehreren anderen DDR-Städten getragenen Erklärung, die in der Erlöser-Kirche verlesen wurde, wurde dazu aufgerufen, „sich mit der generellen Situation unseres Erziehungs- und Bildungswesens auseinanderzusetzen". Es sei notwendig, die Inhalte aller Bildungspläne neu zu erarbeiten. Lehr- und Erziehungsmethoden müßten so sein, daß dadurch Initiativen und Kreativität aller möglich würden. „Die Demokratisierung der Bildungs- und Erziehungseinrichtungen ist zu gewährleisten durch die Wählbarkeit von Direktoren und Lehrern, durch das Mitbestimmungsrecht von Schüler- und Studentenräten", hieß es in dem Aufruf weiter.

Eine Eingabe...

An das
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Marx-Engels-Platz 2
Berlin
1 0 2 0

Finsterwalde, den 16.7.1988

EINGABE

Betr.: Anfrage wegen Übernachtung der IWF-Teilnehmer im September 1988 in Berlin (Hauptstadt d. DDR)

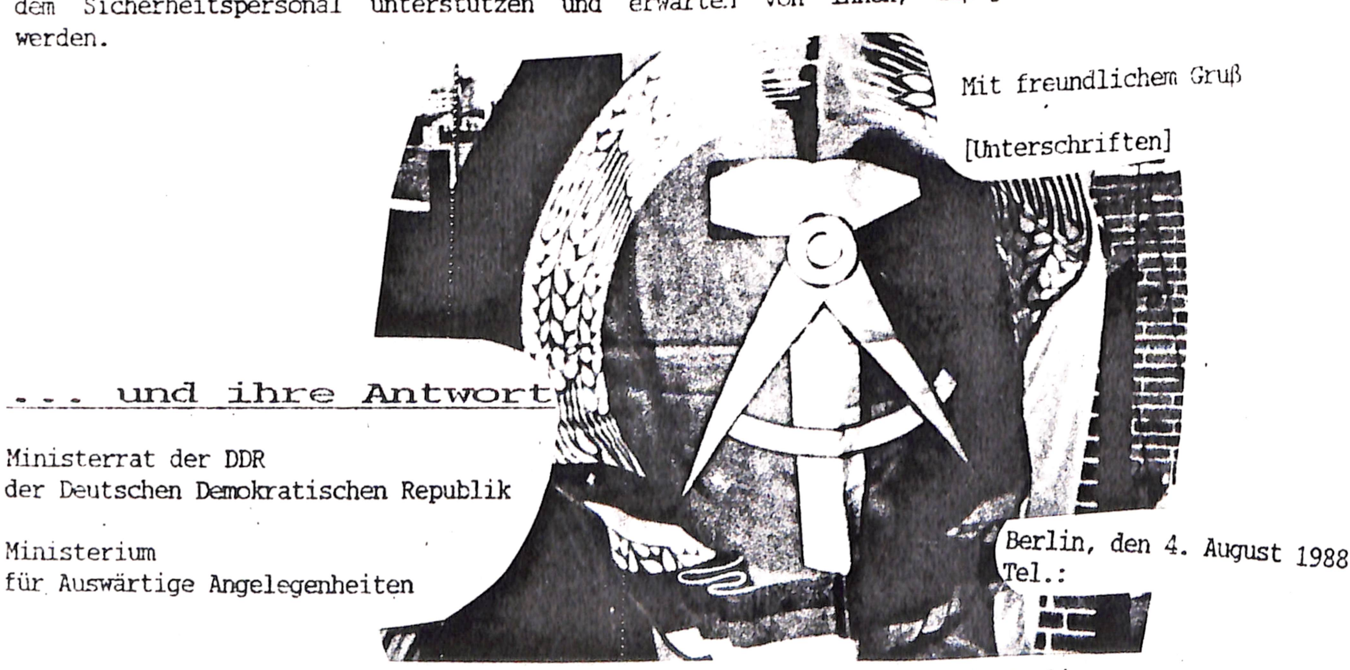
Uns erreichte die Nachricht, daß die Teilnehmer der Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank vom 27.-30. September in West-Berlin in Ost-Berliner Hotels nächtigen werden.

Wir verstehen nicht, wie diese merkwürdige Zusammenarbeit zustande kommen konnte und bitten Sie, dies zu erklären.

Nach unserer Auffassung ist solche Zusammensrbeit unvereinbar mit den Maximen internationaler Solidarität und dem Anspruch des Sozialismus schlechthin.

IWF und Weltbank sind in unseren Augen Unternehmen, die Finanzpolitik im Interesse des Imperialismus betreiben und somit die Armen und die unterentwickelten Länder dieser Erde in immer tiefere Verschuldung treiben, was letztlich zum Mord an den Vielen führt, die unter Sozialabbau, der Lebensmittelnot usw. leiden.

Wir verstehen nicht, wie sie solch ein Gremium durch das Zur-Verfügung-stellen von Hotelzimmern und dem Sicherheitspersonal unterstützen und erwarten von Ihnen, daß gemachte Zusagen aufgekündigt werden.



Mit freundlichem Gruß

[Unterschriften]

... und ihre Antwort

Ministerrat der DDR
der Deutschen Demokratischen Republik

Ministerium
für Auswärtige Angelegenheiten

Berlin, den 4. August 1988
Tel.:

Betr.: Anfrage wegen Übernachtung von Teilnehmern an der IWF-Jahrstagung in Berlin

Wir bestätigen den Eingang Ihrer Anfrage und teilen Ihnen mit, daß die DDR stets eine klare Position zum IWF vertreten hat. Bekanntermaßen ist die DDR weder Mitglied des IWF noch der Weltbank.
Deshalb gewährt die DDR diesen Institutionen keine Unterstützung.

[Unterschrift]
Dr. Straßenburg
Sektorleiter

Aus einer Gesprächsnotiz über ein Gespräch zwischen ev. Kirchenleitung und Vertretern der SED:

(...)

2. Tagung des Internationalen Währungsfond in Berlin

Heinrich (SED) teilt mit, daß die Hotels in der Hauptstadt für diese Tagung ausgebucht seien. Es sei bekannt geworde, daß Gruppen aus diesem Anlaß störende Aktionen planen, wie die Einrichtung eines Aktionsbüros, eines Seminars in Berlin-Friedrichsfelde, einer Demonstartion durch die Hauptstadt, Mahnwachen vor Botschaften. Er weise nachdrücklich darau hin, daß die Regierung dafür sorgen werde, daß Ruhe und Ordnung nicht gestört werden könnten. Die internationalen Repräsentanten seien Gäste in der DDR und werden von staatlicher Seite geschützt werden. Alle Störungsversuche werden unnachsichtig und konsequent unterbunden werden.
Ziegler erklärt, den Schutz von Besuchern der DDR zu gewährleisten, sei ja auch Sache des Staates. Ob kirchliche gruppen beteiligt seien, was sie planten, müsse zunächst einmal geprüft werden. Es könne sich ja nur um Solidaritätsbekundungen etwa mit der driten Welt handeln. Heinrich erwiedert, daß er über die Inhalte der geplanten Aktionen nicht zu sprechen gedenke. Es komme auf Ordnung und Ruhe in diesem Falle an. Er bittet die Kirchen, in ihrem Bereich die Aufsichtspflicht wahrzunehmen.

(...)

Pilgermarsch verboten

Wie LeserIn den letzten "Umweltblättern" entnahm, waren in Zusammenhang mit der von verschiedenen Berliner Basisgruppen veranstalteten Aktionswoche gegen IWF und Weltbank drei Gottesdienste in drei Kirchen mit dazwischenliegendem Pilgermarsch geplant. Die vom Stadtjugendpfarramt getragene Veranstaltung wurde in der Woche zuvor von staatlicher Seite verboten. Dies jedenfalls wurde von Herrn Musler von der Abteilung Kirchenfragen des Magistrats gegenüber Stadtjugendpfarrer Hülsemann und Pfarrer Gartenschläger (Friedrichsfelde) mitgeteilt. Gegenüber Gartenschläger begründete Musler: Teilnehmer des Westberliner Kongresses von IWF und Weltbank seien in Ostberliner Hotels zu Gast. Die DDR sei Gastgeber und sorge für die Sicherheit ihrer Gäste. Im übrigen würden durch öffentliche Aktionen ausstehende Westkredite gefährdet. Dem Verbot des Pilgermarsches ordnete sich dann die Berlin-Brandenburger Kirchenleitung unter. Zuvor waren schon zwei Gemeinden von den Zusagen für die Gottesdienste zurückgetreten.





Verbot des Pilgermarsches und die Folgen

In den Westmedien war alles unklar. 800 Christen, hießes, hätten sich am 25. September zu einem Gottesdienst in der Ostberliner Sophienkirche zusammengefunden, in dem IWF und Weltbank kritisiert wurden. Im Unterschied zu den westlichen Kritikern sei aber nicht nur das kapitalistische Sytem, sondern auch das eigene kritisiert woren. Anschließend wurde ein Demonstrationzug von Ausreiseleuten gezeigt, welche Kerzen auf das Mahnmal für den jüdische Altersheim abstellten. Entging den Westreportern, daß hier wieder einmal Ausreiseleute auf eine besonders obszöne Weise eine Idee der Basisgruppen mißbrauchten, um ihre egoistischen Pläne zu befördern?

Entstanden war die Idee von drei Gottesdiensten in drei Kirchen mit dazwischenliegendem Pilgermarsch zur Aktionswoche von IWF und Weltbank schon vor längerer Zeit. Vor dem Sommer begannen die Gespräche mit Stadtjugendpfarrer Hülsemann, der die Idee gutfand und die Trägerschaft für den Pilgerweg übernahm. Hülsemann richtete Ende Juni Briefa an verschiedene Gemeindekirchenräte, die aber erst nach der Sommerpause aus verschiedenen Gründen ablehnten. Die Elisabethgemeinde beispielsweise unter der Vorgabe eines Treffens mit der westlichen Partnergemeinde. Zusagen gab es nur von der Sophien- und der Zionsgemeinde, in Sophien allerdings nur mit knapper Mehrheit. Und das, obwohl klar war, daß das Stadtjugnedpfarramt die Verantwortung übernimmt.

Dann kam Anfang September das Verbot des Staates. Oder vielmehr etwas differenzierter: "Wir haben die Entscheidung getroffen, daß dieser Pilgermarsch nicht stattfindet. s ist nicht verboten." So Herr Musler, Leiter der Abteilung Kirchenfragen des Magistrats. Zugleich wurde ein von der Kirchengemeinde Friedrichsfelde offiziell angemeldeter Protestzug verboten.

Im Konsistorium der Berlin-Brandenburger Kirche fanden angesichts des Verbotes Krisensitzungen statt.

Hinzugezogen wurden unter anderen Stadtjugendpfarrer Hülsemann, Pfarrer Pahnke, Pfarrer Simon und Pfarrer Passauer, aber nach altbewährter Manier niemand aus den Gruppen, geschweige denn die Fachleute aus der Weltwirtschaftsgruppe. Am 16.September entschied das Konsistorium definitiv, daß der Pilgerweg nicht stattfinden wird. Und zwar ersten,weil für die Evangelische Kirche nicht die Bekenntnisfrage gegeben sei, zweitens weil die Gefahr des Mißbrauchs durch Ausreiser bestünde, drittens könnten auch die Westmedien den Pilgerweg mißbrauchen.

Angesichts dieses absehbaren Ergebnisses hatte Konsistorialpräsident Stolpe bereits am 14. September bei einer Vollversammlung der Berliner Gruppe der Kirche von Unten den Vorschlag gemacht, statt des Pilgerwegs auf dem Gelände der Sophiengemeinde eine Werkstatt durchzuführen. In der Tat kamen die hohen Herren dann am 16.9. zu dem Entschluß, ersatzweise einen Gottesdienst in der Sophiengemeinde anzubieten. Seitens der Sophiengemeinde aber nur unter der Voraussetzung, daß Pfarrer Passauer und der Magdeburger Pfarrer Stauß den Gottesdienst leiten sollten. Die Basisgruppen könnten sich ja, hieß es, mit Zeugnisen der Betroffenheit zu Wort melden. (Wir wissen über die vermeintlichen heftigen Auseinandersetzungen im GKR in Sophien nichts näheres; Pfarrer Passauer fand sich zu keinem kurzfristigen Termin für die "UmweltBlätter" bereit.)

Als letzten möglichen Kompromiß stellte die Weltwirtschaftsgruppe am 18.9. folgende Bedingungen:

1. Am 25.9. können in Sophien Informationsstände und Transparente der Basisgruppen erscheinen.
2. In Sophien kann das in der Erlösergemeinde verbotene Solidaritätskonzert stattfinden.
3. Das Sophiengelände steht für eine Woche für Informationen und Veranstaltungen der Weltwirtschaftsgruppe zur Verfügung.
4. Der Gottesdienst am 25.9. wird durch die Weltwirtschaftsgruppe mitgestatet.

Zur Mitteilung dieser Bedingungen wurden drei Delegierte benannt.

Natürlich kam es wieder zu einer bloßen Internrunde. Stadtjugendpfarrer Hülsemann trug angeblich Stauß und Passauer die Bedingungen der Weltwirtschaftsgruppe vor, und diese wurden samt und sonders abgelehnt. Sie beschloß, sich unter diesen Bedingungen nicht am Gottesdienst zu beteiligen, aber teilzunehmen und Protestaktionen durchzuführen.

Am Sonntag, dem 25.9., weigerten sich zunächst 13 Leute nach dem Gottesdienst, die Kirche zu verlassen. Sie gingen dann doch aus der Kirche auf das Sophiengelände, als Passauer drohte, sie einzuschließen: "Eure Leute werden Euch dann nicht mehr sehen und wieder gehen. Euer Protest hat keinen Sinn!" Als Pfarrer Pasauer nach dem Mittagsschläfchen um 14 Uhr wiederkam, erschienen gerade einige Leute mit einer Verstärkeranlage, um das Konzert durchzuführen. Passauer verschloß das Tor und bewachte es hinfort mit einigen Mitarbeitern. Vor dem Tor standen etwa 50 Leute, ringsherum Legionen von Polizei und Staatssicherheit, die sich abwartend verhielten.

Nachträglich wird jetzt den Punks und anderen vor dem Tor Wartenden vorgeworfen, daß sie nicht das Tor aufbrachen oder über den Zaun kletteren. Sie sagen - wohl mit Recht -, daß sie angesichts der entschlossenen Haltung Passauers und seiner Mitarbeiter Gewalt gegen diese hätten anwenden müssen. Das wollten sie nicht, vor allem nicht ausgerechnet gegenüber einem Pfarrer, der in der Vergangenheit immer wenigstens ansatzweise die Anliegen der Gruppen verstanden hat, - im Unterschied zu der übergroßen Mehrheit seiner Amtskollegen.

So kam es nur zu ständigen ergebnislosen Verhandlungen mit Passauer und seinen Mitarbeitern. Von den vier Bedingungen der Weltwirtschaftsgruppe wußte Passauer angeblich nichts. Endlich gegen 17 Uhr zeigte er sich gesprächswilliger. Gegen 18 Uhr sagte er gar zu, daß der Saal bis zum Gottesdienst für ein Konzert genutzt werden könne. Da war aber bei den Demonstarnten nur noch Frust. Die verbliebene Zeit hätte- und das wußte Passauer wohl- kaum noch zum Aufbau der Anlage gereicht, denn der Gottesdienst sollte um 19.30 Uhr beginnen.

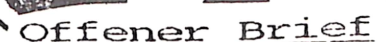
Über den Gottesdienst, der von Passauer, Stauß und Stadtjugendpfarrer Hülsemann ausgerichtet wurde, wollen wir sttiges Schweigen bewahren. Die Herren zeigten, daß sie nichts begriffen hatten. Dei IWF-Problematik sei sehr kompliziert, und bevor man den IWF kritisiere, müsse man sich erst einmal kundig machen, hieß es da. Eigentlich seien die Regierungen der "Dritten Welt" schuld, die die Kredite aufgenommen hätten. Im übrigen müßten wir bei uns selbst anfangen. In uns selbst müßten wir die Machtgier und das Herr-Knecht-Verhältnis überwinden.

Stadtjugendpfarrer Hülsemann verteidigte seine Beteiligung an diesem Trauergottesdienst später damit, daß es ihm als Mann der Kirche darum gegangen sei, die Gedanken der Gruppen den Geminden wenigstens ansatzweise zu vermitteln.

Die erschienenen Basisgruppen taten das, was sie in ihrer Klemme zwischen Staat und Kirche tun konnten: sie überschütteten die Gottesdienstbesucher mit Flugblättern und zeigten ihre Transparente: "IWF und Weltbank organisieren die Armut der Völker!", "Geld stinkt doch!", "Es wird immer DOLLAR mit Kirche und Staat!".

Die Geschichte zeigt wieder einmal mehr eine treffende Momentaufnahme der gesellschaftlichen Situation. Der Staat, kurz vor dem wirtschaftlichen Bankrott, giepert nach Westkrediten und verweigert diesmal den Gruppen sogar die Vertretung von Anliegen, die früher einmal durchaus seiner eigenen Doktrin entsprachen. Die abgesättigte große Masse der Bevölkerung schweigt. Die Ausreisewilligen nutzen schamlos jede Situation aus, um sich für die Ausreise zu profilieren. Die Amtskirche hält sich an alten Formeln fest, statt sich auf die Inhalte des Evangeliums zu besinnen. Das oft und gern gebrauchte Wort "Verantwortung" steht im diametralen Kontrast zu Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit bei Kirchenleitung, Pfarrern und Gemeindekirchenräten. Und selbst politisch hat sich für die Amtskirche das Wohlverhalten nicht gelohnt: Bereits am Montag (26.9.) bekamen die Gemäßigten den Dank des Staates in Gestalt einer schallenden Orfeige. Wieder einmal wurde eine Nummer der Kirchenzeitung "Die Kirche" eingezogen.

r.l.



Offener Brief

Berlin, den 27. September 1988

an die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg und die Gemeindeleitungen der Zion-, der Sophien- und der Golgathagemeinde

Mit den für den 25.9.88 vorbereiteten drei Gottesdiensten und dem Pilgerweg sollte inder Öffentlichkeit und für die Öffentlichket deutliche werden, daß unter uns große Betroffenheit angesichts der zunehmenden Verelendung in den Ländern der 2/3-Welt herrscht und daß wir es für notwendig halten, über die Ursachen nachzudenken und zu ihrer Beseitigung beizutragen.

Der Pilgerweg wurde von staatlicher Seite verboten.
Daraufhin wurde auf Empfehlung von Vertretern der Kirchenleitung die gesamte Veranstaltung, also Pilgerweg und Gottesdienste, abgesagt.
Der kurzfristig inder Sophiengemeinde anberaumte Gottesdienst kann nicht als adäquater Ersatz angesehen werden. In ihm war weder Raum für das breite Meinungsspektrum zum Thema, noch konnte die mit dem Pilgerweg angestrebte Öffentlichkeit erreicht werden.

Wir verkennen nicht die Tatsache, daß das Verbot zuerst von staatlichen Stellen ausging. Dennoch-oder gerade angesichts dessen - halten wir die Entscheidung der Kirchenleitung für falsch und über den eigentlichen Anlaß hinaus für verhängnisvoll.

Die Unterzeichner dieses Offenen Briefes erklären sich solidarisch mit dem Anliegen des Pilgerwegs:

- Dieses Anliegen steht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem konziliaren Prozeß für Frieden, Gerech tigkeit unb Bewahrung der Schöpfung. Das Bewußtsein für die 2/3-Welt-Problematik ist in unseren Gemeinden unterentwickelt. Um so mehr ist von der Kirchenleitung zu erwarten, daß sie alle Ansätze zur Auseinandersetzung mit dieser Thematik fördert.
- Unabhängig von diesem konkreten Anlaß betonen wir das Recht der Gemeinden und der Gruppen, sich mit ihren Themen an die Öffentlichkeit zu wenden. Die Kirchenleitung muß as Recht auf öffentliche Artikulation dieser Themen einfordern. Wo sie dies nicht nur unterläßt, sondern sogar kirchliche Veranstaltungen absagt, die diesem Anliegen dienen, acht sie sich in ihrem Bemühen um Ermutigung zu mündigem Verhalten in Kirche und Gesellschaft unglaubwürdig.
- Eine Kirche, die konsequent den Weg im Aufbruch befindlicher Einzelner und Gruppen begleitet, wird möglicherweise Privilegien einbüßen. Sie wird jedoch wichtigeres gewinnen: ihre Glaubwürdigkeit und eine Solidargemeinschaft mit den fortschrittlichen Kräften dieser Gesellschaft.

Vertreter folgender Berliner Gruppen:

Friedenskreis Auferstehung
Solidarische Kirche Berlin
Initiative Frieden und Menschenrechte
Lesben in der Kirche
Kirche von Unten
Schwule in der Kirche

Friedenskreis Golgatha
Die Arche
Friedenskreis Gethsemane
Frauen für den Frieden
Friedenskreis PRO (Schöneweide)
Friedenskreis Samariter

Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung

...stand zur Debatte - die AG Weltwirtschaft im Friedenskreis Friedrichsfelde hatte für den 24. und 25.9. zu einem DDR-weiten Seminar im Rahmen der Aktionswoche gegen IWF und Weltbank geladen. Am Samstag sollte es um "globale Zusammenhänge und Lösungsstrategien" gehen, Sonntag stand besonders der bisherige und künftige Beitrag des realen Sozialismus für alternative ökonomische und politische Entwicklungsstrategien zur Diskussion.

Über Mangel an Interessenten konnten die Veranstalter wahrhaftig nicht klagen; die einen versammelten sich im Saal des Gemeindezentrums zum Plenum oder diskutierten in Arbeitsgruppen, die anderen standen in kleinen Grüppchen auf der Straße beisammen, um das Geschehen denn doch lieber mit gebührendem Abstand zu betrachten. Zwar war es offenbar IWF-freundlichen "Kreisen" gelungen, die internationale Beteiligung weitgehend zu behindern, dafür hatten sich aber dankenswerterweise gleich mehrere Vertreter der offiziellen Gesellschaftswissenschaften eingefunden, deren Beiträge das Seminar durchaus bereicherten. Dr.Müritz von der Humbold-Uni nebst Assistent und Prof.Dr. Faulwetter von der Hochschule für Ökonomie waren sachkundige Gesprächspartner, wenn ihre Bewertung der Faktenlage auch nicht immer mit der der Mehrheit übereinstimmte, was einen belebenden Effekt mit sich brachte und zum Gelingen der Veranstaltung nicht unwesentlich beitrug. Im übrigen waren sie keineswegs allein mit ihrer Meinung, daß IWF und Weltbank unverzichtbare Instrumente der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung seien und nicht ohne weiteres abgeschafft werden könnten. Überhaupt wurde von dieser Seite zugestanden, daß radikale Veränderungen des gegenwärtigen Zustands zwar zu wünschen wären, reale Möglichkeiten, tatsächlich etwas Nennenswertes zu erreichen, wurden aber faktisch ausgeschlossen. Man müsse, so die Vertreter dieser Strategie, diese, zugegeben, im Interesse der kapitalstarken westlichen Industrieländer agierenden Institutionen durch eine Politik der kleinen Schritte, quasi über Jahrzehnte hinweg, reformieren, wenngleich man zugestehen mußte, daß damit für die drängenden Probleme der Gegenwart zunächst wenig geleistet ist.

Auf der anderen Seite des Teilnehmerspektrums war dieser "gemäßigten" eine mehr oder weniger reformunwillige Position gegenübergestellt, die ein Sich-Einrichten auf die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung letztlich für Unterwerfung hielt - "das Kapital muß abgeschafft werden", so ihre Parole, und sie hielten daran fest, auch wenn man ihnen nicht zu unrecht vorwerfen konnte, daß sie auch nicht zu sagen wußten, wie das unmittelbar zu bewerkstelligen sei. Man stand also vor dem Dilemma, daß die einen nicht sagen konnten, wie etwas zum Besseren gewendet werden könnte, solange der Kapitalismus in der Welt die bestimmende Kraft ist, mit der man sich folglich arrangieren müsse, die anderen dagegen lehnten solche Kompromisse ab, vermochten aber ihrerseits keine pratikablen Lösungswege zu nennen.

Aber konnte man sich weder über die revolutionäre, meint antikapitalistische, Potenz der nationalen Befreiungsbewegungen verständigen, noch über die der Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern, in denen ja Marx das Subjekt grundlegender Umwälzungen gesehen hat, eine Hoffnung blieb immerhin: die Reformierbarkeit des realen Sozialismus. Aber schon tauchten auch hier Zweifel auf, haben doch die Experimente mit "mehr Markt" bisher weder zu größerer Effizienz der Produktion, noch zu besseren Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Bevölkerung geführt - das Gegenteil ist einetreten. Inflation, Preissteigerungen, Reallohnsenkung, z.T. sogar Arbeitslosigkeit in erheblichem Umfang in den reformfreudigen Ländern des Realsozialismus sind nicht gerade Empfehlungen, und die Verheißung goldener Zeiten nach einem Jammertal der Entsagungen scheint nicht geeignet, die Werktätigen zu hohen Leistungen anzuspornen, wie selbst die vehementesten Protagonisten dieses Kurses eingestanden haben - die Durststrecke des Systems ist einfach schon zu lang. Genug hat man eigentlich nur von einem: von leeren Versprechungen. Ohne das Engagement der Bevölkerung aber läuft nichts.

Es ist also durch aus verständlich, wenn einige Seminarteilnehmer die Ansicht vertraten, soziale Alternativen seien nur möglich, wenn es gelänge, nicht mehr das kapitalistische Wertgesetz zur GGrundlage künftiger wirtschaftlicher Entwicklungen zu machen, sondern planmäßig Gebrauchswerte zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung zu produzieren, was im realen Sozialismus zwar postuliert, aber nicht etan werde, wie es überhaupt darum ginge, ein neues Wertsystem zu entwickeln, das zu recht als sozialistisches bezeichnet werden könne. Angesichts der Tatsache, daß in keinem der Länder, die einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen hätten, es gelungen sei, die vorhandenen Bedürfnisse auch nur annähernd zu befriedigen, und daß es nicht einmal zwischen den RGW-Staaten möglich gewesen ist, ein System tatsächlich alernativer Wirtschaftsbeziehunen untereinander zustandezubringen, blieb mancher Seminarteilnehmer aber auch hier skeptisch, und man gewann nicht den Eindruck, daß die Vertreter dess, was andernorts als soziale Marktwirtschaft praktiziert wird, ins Zweifeln gebracht werden konnten.

Dennoch: was sich da in Friedrichsfelde abgespielt hat, ist genau das, was den meisten Leuten in diesem unserem Land fehlt - eine lebendige Auseinandersetzung ohne die berühmten Tabus und ohne die Sorge, daß araus Nachteile für jene entstehen könnten, die den Mund zu weit aufreißen und es sich nicht nehmen lassen wollen, über die eigene Zukunft selbst laut nachzudenken. Es war auchh keineswegs so, daß nur die oben beschriebenen Extrempositionen zur Sprache kamen, ebensowenig, wie die "Fachleute" in der Debatte unter sich waren. Auch wer sich nicht auf der vermeintlichen Höhe wissenschaftlicher Termini befand, kam mit Meinungsäußerungen und Fragen zu Wort und hatte Gelegenheit, tiefer in die Probleme einzudringen. Auch wenn man staatlicherseit - nicht erst neuerdings - immer deutlicher zu hören bekommt, daß die Bevölkerung in wesentlichen Fragen schlichtweg außerstande sei, kundige Entscheidungen zu fällen, Eliten folglich unverzichtbar wären - soviel Zeit muß sein, wenn sozialistische Demokratie mehr sein soll als bürgerliche Scheindemokratie. Und letzten Endes waren ja wohl jene "Eliten", die, die überall auf der Welt die gegenwärtigen verheerenden Zustände erst herbeigeführt haben, die ihnen nun selbst allmählich unheimlich werden.

sol

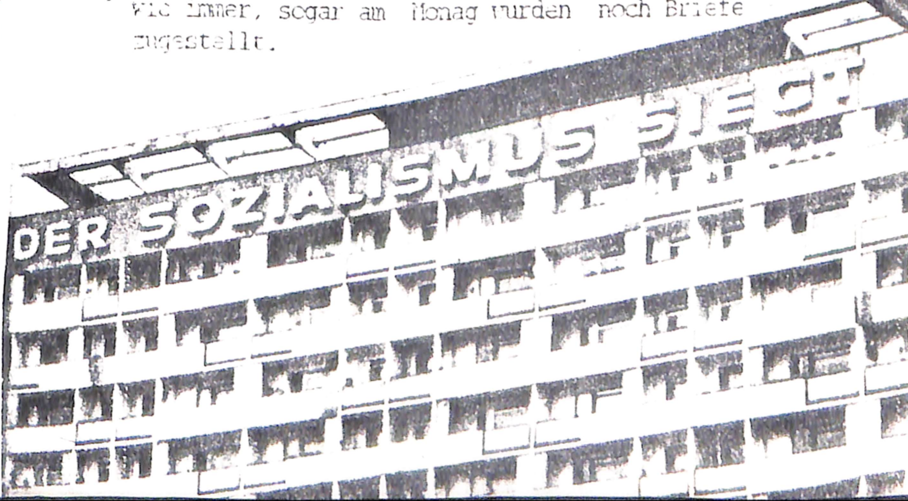
Eier und Tomaten auf neuen Wartburg

Wie jüngst in Magdeburg gegen eine Vitrine mit extrateuren Schuhen entlud sich Mitte September in Leipzig die Volkswut gegen den neuen Wartburg mit VW-Motor. Das "stark qualitätsverbesserte" Fahrzeug stand auf der Leipziger Messe zur Schau. Eine unbekannte Anzahl von Bürgern bewarf den "Wartburg" mit Eiern und Tomaten. Dabei soll er unverständlicherweise soweit zerbeult worden sein, daß ein neues Ausstellungsstück gleichen Typs an die Stelle gebracht wurde. Falsch ist aber jedenfalls das Gerücht, die Menge habe mit Eisenstangen auf das Auto eingeschlagen. Selbstverständlich wurden die Übeltäter sofort festgenommen. Eine Anzahl von Volkspolizisten schützte in der Folge das umstrittene Auto.
In Parteikreisen übrigens heißt es mittlerweile, Trabant und Wartburg wären duchaus nicht zu teuer geworden. Im Gegenteil, früher seien sie viel zu billig gewesen.

Lychener Straße 61 in Berlin-Prenzelberg am Ende ?

Am Montagmorgen des 13.September '88 gab es für die Unsicherheitsorgane doch noch eine Überraschung. Zwar waren die letzten Besetzer der Lychener Str. 61 am Sonntag ausgezogen, und auch das kursierende Gerücht, daß das Haus nach der Auszugsfete am Sonntagabend in Flammen aufgehen sollte, bewahrheitete sich nicht. Sicherheitshalber hatte sich eine Streife am Sonntag während der Fete umgeschaut ("die Bewohner des Nachbarhauses hätten Angst vor Feuer"). Statt dessen hing ein Bettlaken mit der Aufschrift "Dieses Haus wurde von der KWV zugrunde gerichtet" zur Straße raus. Die Tür des Seitenflügels war mit Papierbändern umrahmt. In roter Farbe wurden noch in der Nacht von Sonntag zum Montag folgende Parolen auf den Putz gebracht: "Aufruhr, Widerstand, die Lychener ist voll in unserer Hand", daneben "Einsamer sucht Einsame zum Einsamen" und über den Eingang "Wir sind zwar raus, aber wir machen weiter.". Nach der Beseitigung des Bettlakens begann man mit der Vermauerung der Fenster und Türen. Aus Sicherheitsgründen wurde das Haus die folgende Nacht von zwei Uniformierten vom Trabbi aus überwacht. Kleinste Gesprächsrunden von drei bis fünf Personen in der Nähe des Hauses brachten für sie schon eine gewisse Veunsicherung.

Am 8. September war das Zumauern des Hauses angekündigt worden. Früh um sieben waren Bürodamen der KWV erschienen; sogenannte Handwerker hatten sie auch gleich mitgebracht. Diese begannen auch gleich mit ihrem zerstörerischen Werk: das Treppengeländer wurde abgesägt, die Gas-, Wasser- und Stromzufuhr unterbrochen, Wohnungen wurden aufgebrochen und, falls vorhanden, die Thermofenster rausgerissen. Auch Abwaschschränke und Gasheizungen wurden so entfernt, der entstandene Schmutz über die gesamte Wohnungseinrichtung verteilt. Vielleicht mit der Hoffnung, daß noch andere plündern würden, wurden aufgebrochene Türen nicht gesichert. Die Bewohner, die sich zum Frühstücken in eine der oberen Etagen zurückgezogen hatten, wurden mit abwertenden Bemerkungen versorgt. Allein die Post erschien wie immer, sogar am Monag wurden noch Briefe zugestellt.



Die ersten Besetzungen hatte es in der Lychener Ende 1982 gegeben. Allmählich füllte sich das Haus. Die Bewohner wechselten oft. Teilweise in den Westen (Botschaftsbesetzer in Prag), aber auch in den Knast (Graffiti-Aktion Storkower Str.). Ab Frühjahr '86 fanden sich allmählich Besetzer ohne Ausreiseantrag ein. Das Treppenhaus wurde im Laufe der Zeit zur Wandzeitung umfuntioniert. I Winter blieb das Haus oft ohne Wasser - einmal dauerte es fünf Monate. Das Freilichtklo war hinter dem Haus, Wasser für die in den Wohnungen befindlichen Speicherbehälter in der Nachbarschaft. Der Rat des Stadtbezirks hinderte KWV-Klempner lange Zeit erfolgreich daran, den Schaden zu beheben. Ab Sommer '87 kam es zu den ersten polizeilichen Aktionen. Wohnungen wurden zum öffentlichen Gebiet erklärt, somit sollte die Notwendigkeit eines Duchrsuchungsbefehls umgangen werden. Sachen wurden beschlagnahmt (Druckerzeugnisse, Kunstzeitschriften, eine Gasmaske) und die Wohnungen intensiv fotografiert. Auch wurden oft Papiere von der Polizei heimlich mitgenommen. So bekam mensch erst einige Zeit nach dem behördlichen Besuch einen genauen Überblick über die "Einbußen". Ein frustrierter Polizeihelfer wurde zum nervenden Besucher des Hauses, aber hier gab es auch kein Einsatzgebiet für ihn. An in Berlin rebellischen Provinzschülern gab es in Ferienzeiten auch keinen Mangel. "Das ist ja hier wie auf dem Leipziger Hauptbahnhof", bemerkte ein sächsischer Polizeibeamter. Ende Februar wurde in einem Infoblatt aus der Lychener folgendes berichtet: Am Morgen des 19. Februar erschienen in der teilweise besetzten Lychener Str. 61 die Unordnungsverhüter mit einem LO (-LKW). "Wir haben hier schon öfter einmal Leute angetroffen." Vier Wohnungen wurden aufgebrochen und durchsucht. In einer Wohnung wurde eine Spielzeugpistole beschlagnahmt. Dem Bewohner bot man an, nachdem ihm das Recht, in OB zu wohnen, abgesprochen wurde, die Einrichtungsgegenstände aus dem Fenster zu werfen. Außerdem hätte er keine Arbeit. Das MdI würde sich um ihn kümmern. In der nächsten Wohnung beschlagnahmten die Beamten eine Erklärung zum zivilen Ersatzdienst und benahmen sich weiter kräftig daneben: "Wir haben ja nichts gegen Christen", spotteten sie.

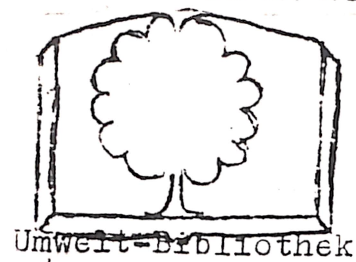
Aus der vierten Wohnung nahmen sie eine Schülerin mit aufs Revier. Es wurde ihr nahegelegt, "diesen" Umang zu meiden, man könne sich da Flöhe und Läuse holen. Den anderen Mietern teilte man nach der Versiegelung von zwei Wohnungen mit, daß der Seitenflügel der Lychener 61 bis zum 4. März leer zu sein hat- ansonsten würde geräumt werden. Zum angekündigten Räumungstermin wurden Postkarten mit der Aufschrift "Berlin ohne Lychener 61 ist wie Hammer ohne Sichel" in Umlauf gebracht. Zum Räumungstermin am 3. März war niemand ausgezogen, hingegen wurde ein Schreiben an den Magistrat gerichtet, worin gefordert wurde, das Haus dem Wohnkollektiv L 61 zu übergeben und somit den Weg für die Arbeiterselbstverwaltung frei zu machen. Hingegen erhielten vier Besetzer Ordnungsstrafverfahren in Höhe von je 500 Mark. In einer kleingedruckten Zusatzklausel wurde die Beschwerdezeit von vier auf zwei Wochen begründungslos herabgesetzt. Da die Empfänger erst einmal ihrem demokratischen Grundrecht auf Faulheit nachkamen oder sich anderen fruchtbaren Hobbys widmeten, wurden die zu spät abgeschickten Beschwerden nicht akzeptiert.

Alle Besetzer bekamen, wenn auch unter Mühen, ein Wohnungsangebot, Grundbeingung war, das Haus freiwillig zu räumen. Ein einem Bewohner gegebenes Versprechen wurde allerdings nicht eingelöst. "ob der irgendwo wohnen kann, das interessiert mich überhaupt nicht" so KWV-Leiter Thiem. Zum erneuten Störfall kam es vor zwei Wochen, eine neue Generation von jungen, energiegeladenen Besetzern nahm die inzwischen leerstehenden Wohnungen erneut in Besitz.

Das Haus erwachte zu neuem Leben, wurde somit zur Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Unordnungsverhüter. Aber auch eine Trophäe wechselte diesmal in entgegengesetzter Richtung die Fronten. Einem in der Nachbarschaft akkreditierten Hilfsunordnungsverhüter entschwand sein Gummi.

x.y.

Vorabdruck aus den:



Umweltblaetter
Info-Blatt des Friedens- und Umweltkreises
Zionskirchgemeinde
Griebenowstr.16,Berlin 1058,DDR 16.Oktober

VIER SCHÜLER VON PANKOWER SCHULE GESCHMISSEN!

An einer Berlin-Pankower Schule wurden in diesen Tagen 4 Schüler relegiert:Philipp,Kai,Katja und Benjamin.

Die Schule,die den Namen "Carl von Ossietzky" trägt,war in den vergangenen Jahren erträglich.Der Direktor erlaubte den Schülern sogar,an einer Wandzeitung,einer Art "Speakers Corner" eigene Artikel aufzuhängen und Meinungen zu äußern.

Den ersten Ärger mit dem weniger weitherzigen gesellschaftlichen Umfeld bekamen 4 Schüler der Schule,als sie sich am Tag der Opfer des Faschismus mit eigenen Plakaten an der offiziellen Demonstration beteiligten.Forderungen wie "Gegen faschistische Tendenzen" und "Neonazis raus" waren den Ordnungskräften etwas zu realitätsbezogen.Die Schüler wurden aus der Demonstration herausgeholt und notiert.Ärger gab es dann auch wegen zwei Artikeln über die Streiks in Polen und die Berichterstattung von DDR-Medien, die am 12.September an der "Speakers Corner" von Schülern angebracht wurden.Diskussionen unter den Schülern löste ein anderer Artikel aus,in dem gefragt wurde,ob am Nationalfeiertag Militärparaden durchgeführt werden müssen.Dieser Artikel wurde dann als Eingabe formuliert und 37 Schüler unterschrieben.

Jetzt setzte der staatliche Druck ein.Gespräche mit den Eltern wurden geführt.30 Schüler widerriefen ihre Unterschrift.Fünf von den Übriggebliebenen wurden am 22.September aus dem Unterricht geholt und von 5 Lehrern und 3 nicht vorgestellten Personen regelrecht verhört.Es gab massive Anschuldigungen und Drohungen.Die fünf Schüler blieben aufrecht.Am 26. schon wurde einer,Benjamin, für zwei Tage von der Schule beurlaubt.Sechs Schüler,Katja,Philipp, Alexander,Shenja-Paul,Georgia und Kai solidarisierten sich am 27. September in einem Brief an den Direktor mit Benjamin.

Die Schlleitung holte zu einem neuen Schlag aus. In allen Klassen wurden außerordentliche FDJ-Versammlungen gegen 4 der Schüler,Benjamin,Katja,Philipp und Kai durchgeführt.Zugegen waren jeweils etwa 50% erwachsene "Gäste",unter anderem von der Kreisleitung der FDJ,von der Parteileitung des Patenbetriebes Bergmann-Borsig,ganz abgesehen vom Direktor und Parteisekretär der Schule.Die Vorwürfe waren grotesk.Mann könne,meinten die Erwachsenen "eher mit Skins und Grabschändern reden als mit solchen Personen".Die vergangenen Ereignisse seien der"Versuch,eine antisozialistische Plattform im Blauhemd" zu schaffen.Trotzdem konnte nur gegen 3 der 4 der Ausschluß aus der FDJ durchgesetzt werden. In Benjamins Klasse gab es nicht die notwendige 2/3 Mehrheit.

Am 30.September wurden dann alle Schüler der Carl-von Ossietzky-Schule in der Aula versammelt.Der Direktor kündigte gegen 4 Schüler,Philipp,Kai,Katja und Benjamin ein Relegierungsverfahren an.Sie wurden ab sofort beurlaubt.Gegen Alexander und Shenja-Paul wurden strenge Verweise ausgesprochen.Shenja-Paul sollte die Schule wechseln.Später wurde auch gegen Georgie Schulwechsel verfügt.Sie fährt jetzt täglich von Berlin-Buch nach Berlin-Köpenick.

Die Eltern versuchten zunächst über Eingaben und Beziehungen gegen

die unverhätnismäßigen Maßnahmen zu protestieren. Aber Briefe und Eingaben an das ZK, Egon Krenz, den Rechtsausschuß der Volkskammer, an Hermlin, die Weltbühne und andere Autoritären erwiesen sich als vergeblich. Hermlin beispielsweise versprach, "demnächst" an Staatschef Honecker zu schreiben. Das Volksbildungsministerium, das seit Jahrzehnten schon viele junge Menschen auf dem Gewissen hat, ist in der DDR ein Staat im Staate.
Am 11. Oktober nutzte der Bezirksschulrat einen Gesprächstermin mit den Eltern Katjas, um Katjas Relegierung bekanntzugeben. Am 14. Okober wurde die Relegierung von Kai, Philipp und Benjamin bekannt.
Wahrscheinlich hat keiner von den Verantwortlichen sich darah erinnert, daß Carl von Ossietzky 1932 von der Justiz der Wemarer Republik wegen Artikeln in der "Weltbühne" verurteilt wurde und dadurch 1933 im Gefängnis den Nazis in die Hände fiel, die ihn ermordeten. In der Carl von Ossietzky-Schule wurde das Andenken Ossietzkys geschändet.
Nachdem alle Versuche gescheitert sind, die Behörden zum Einlenken zu bewegen, kann nur noch öffentliche Solidarität den relerierten Schülern helfen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Repressionen gegen junge Menschen zurückgenommen werden, die nichts weiter versucht haben, als zu denken und aufrecht zu gehen. Die Schulen der DDR dürfen nicht länger Untertanenfabriken sein, Stätten, in den denen den Kindern für das ganze Leben das Genick gebrochen wird. Lehrer müssen verantwortliche Jugendführer sein, keine willfährigen Werkzeuge der Regierung!

Ernst-Thälmann-Straße

DIE Lehrer, die Rekrutenschinder
Sie brechen schon das Kreuz der Kinder
Sie pressen unter allen Fahnen
Die idealen Untertanen:
Gehorsam - fleißig - geistig matt
- die hab ich satt

Ewige Freundschaft mit der
Sowjetunion - das ist der Herzschlag
unseres Lebens

DresdnerPolizei Will-Kür statt Pflicht

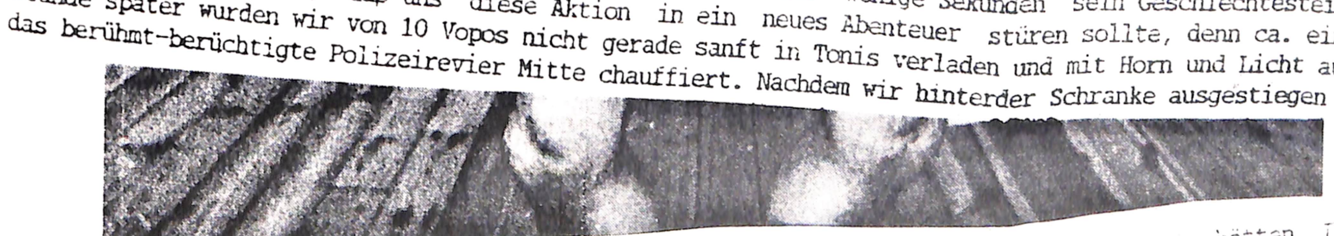
27.8.88. Ca. 25 Leute beteiligten sich an diesem Tage an einer Fiesta in der Dresdner Weidenthalstraße 4 (zum größten Teil Punks). Gegen 21 Uhr befanden sich auf einmal Gäste in der Wohnung, bei denen der Eindruck "ungebeten" wohl am zutreffensten war. Grund ihres Eindringens war eine allumfassende Kontrolle unserer Identitäten mit denen der in unseren Ausweisen beschriebenen Personen. Durch unsere angenehmen äußeren Erscheinungen angeregt, schienen sie sich aber in einer Identitätskrise zu befinden, da sie die Frage eines Jugendfreundes nach der esetzlichen Grundlage ihres willkürlichen Eindringens - wahrscheinlich ihrer draufgängerisch mutigen Art wegen - sofortmit einem 12-stündigem Aufenthalt auf dem Polizeirevier Mitte (Schießgasse) prämierten.

Der Aufforderung Toni Marschalls folgend "Heute wird Rabatz gemacht...", benutzten wir die in der Wohnung befindlichen Instrumente, um der Party eine gewisse kulturelle Feierlichkeit zu verleihen - und dieses, wie ich meine, in fast normaler Lautstärke - es trafen jedenfalls keine Beschwerden ein.



Gegen 23 Uhr wurde dann die Tür durch einen festen Tritt ausden Angeln gerissen, und nachfolgend wir von unseren Plätzen. Die obengenannten Ungebetenen (ca. 20 Mann + 4 Hunde) fingen an, mit uns den Knüppelpogo zu tanzen, welcher sich aber als sehr schmerzhaft erwies. Nach kurzen Aufenthalt an der Hauswand erwarteten wir einen längeren auf dem Revier. Diese stellte sich aber bald als falsche Vermutung heraus, da wir (je 2) auf die Tonis verteilt und alle in verschiedene Richtungen abtransportiert wurden. Nachfolgend begann eine längere aufregende Fahrt, die uns bis zum Ortsausgang Dresden führte, wo wi dann, ohne zu bezahlen, aussteigen durften und freundlich verabschiedet wurden. Der nachfolgende nächtliche Gewaltmarsch offenbarte uns die ungefähre Größe dieser schönen alten Stadt. Als wir uns alle (bis auf die, die die Heimreise vorzogen) am nächsten Tag wiedertrafen, berichtete jeder über das Gesehene, so daß alle ein vollständiges Bild von Dresden hatten.

28.8.88. Wir (ca.10 Punks) saßen nüchtern und ruhig in der tierparkeigenen Freiluftgaststätte, um vor der Heimreise 1-2 Bier zu trinken, als uns ein Tourist auf einem Foto verewigen wollte. Um dem Foto eine gewisse Eigenwilligkeit zu verleihen, entblößte T. für wenige Sekunden sein Geschlechtesteil. Keiner von uns dachte, daß uns diese Aktion in ein neues Abenteuer stüren sollte, denn ca. eine Stunde später wurden wir von 10 Vopos nicht gerade sanft in Tonis verladen und mit Horn und Licht auf das berühmt-berüchtigte Polizeirevier Mitte chauffiert. Nachdem wir hinterder Schranke ausgestiegen



waren, wurden wir darüber aufgeklärt, daß es nun losginge, da wir kein Publikum mehr hätten. Ihre Brutalität und ihre Wortwahl - die sich im niedrigsten Gassenjargon bewegte ("Arschlöcher","Dreckschweine" usw.) - ließ auf einen niedrigen Bildungsstand schließen. Nachdem unsere Effekten aufgelistet waren, mußte jeder eine Stellungnahme schreiben, wobei die Vopos uns nicht sagen konnten, gegen was wir uns rechtfertigen sollten. Die obengenannten Vermuten bezüglich des Bildungsstandes verhärteten sich, als sie, anscheinend als Folge ihres Ärgers darüber, daß sie uns nichts anhaben konnten, ersteinmal einige Schläge verteilten. D. erwischte es besonders schwer, als er einen gezielten Tritt in sein Geschlechtsteil bekam, worauf er sich krümmte und sich übergeben mußte. Der laustaren Aufforderung des Schlägers, sich gerade hinzustellen, konnte ersterer trotz einiger Versuche nicht mehr nachkommen. Später wurde das obengenannte Fotomodell T. in einen extra Raum geführt, wo er unter Androhung von Schlägen sein Geschlechtsteil auf einen Tisch legen mußte, wonach mit einem Besenstiel daraufgeschlagen wurde. Bis auf diese letzte Aktion fanden alle Repressalien unter Zeugen statt (mich eingeschlossen).

Für viele von Euch und für mich sind solche oder ähnliche willkürlichen brutalen Polizeieinsätze nichts neues, trotzdem müßte jeder dieser Einsätze an die Öffentlichkeit gebracht werden, um dieser Willkür ein Ende zu setzten - einer Willkür, die manche Parallelen ziehen läßt.

St.M.

14

Prag, 21.August 1988

Vor 20 Jahren überschritten Truppen der Warschauer Vertragsstaaten, darunter auch der DDR, die Grenzen der Tschechoslowakei, um den gesellschaftlichen Entwicklungen, die im Gange waren, ein Ende zu bereiten.

In diesem Jahr kam es am 21.August aus diesem Anlaß in der Prager Innenstadt zu einer Protestdemonstration, an der schätzungsweise 10.000 Menschen teilnahmen. Schon am 20. haten sich auf dem Wenzelsplatz Menschengruppen gebildet, worin zwischen Vertretern unabhängiger politischer Gruppen und Passanten Diskussionen über die damaligen Ereignisse und ihre Ziele geführt wurden. Im Laufe des Tages war ein Forderungskatalog aufgestellt worden, der eine neue Diskussion über das Jahr 68, den Abzug der sowjetischen Truppen, demokratische Freiheiten und die Entlassung der politischen Häftlinge als wesentliche Ounkte beinhaltete.

Am Abend des 21.August gegen 19 Uhr war die Zahl der Versammelten merklich gewachsen. Wie am Tage zuvor, wurden auch jetzt noch bei denjenigen die Personalien von Polizei- und Zivilbeamten festgehalten, die am ihren Kleidern gezwirbelte Wollfäden mit den tschechoslowakischen Nationalfarben befestigt hatten. Die Minen und Bewgungen der Versammelten zeichneten wachsend eine Stimmung von Erwartung Unruhe und Gespanntheit. Nachdem ein Einzelner sich kurz über die Anwesenden erhoben und sie angesprochen hatte. kamen stark und unisono die Rufe nach "Svoboda" (Freiheit) und "Dubcek", und es formte sich gleichzeitig ein Demonstrationszug den Wenzelsplatz abwärts. Anfangs nur auf dem Bürgersteig, verbreiterte sich der Menschenstrom rasch durch aus den Nebenstraßen und Häusern Hinzukommende über den ganzen Wenzelsplatz. Wie zu erfahren war, warden Anfang August in Prag Flugblätter verteilt worden, die zur Demonstration aufriefen. Der Zug ging vom Wenzelsplatz aus über den Altstadtring in Richtung Moldau.

Der Anblick einer jungen Frau, die auf die Schultern eines Mannes gehoben wurde und mit ihren Händen die tschechoslowakische Trikolore ausbreitete, gab Anlaß zu durchdringendem Gesang mit rhytmisch über die Köpfe erhobenen Fäusten und zum "V" gespreitzten Fingern. Eine Frau in den Fünfzigern, befragt nach ihren Motiven, antwortete: "Vor zwanzig Jahren haben sie unseren Prager Frühling kaputt gemacht, sind die russischen Truppen gekommen, und heute machen wir Revolte!" Im gleichen Atemzug stimmte sie wieder in einen Sprechchor ein. Vorne, über den vielen Köpfen, war inzwischen das Parlamentsgebäude, der Hracin, auf der anderen Seite der Moldau in Sicht gekommen.

Eine alltägliche, stinknormale Großstadtszene hatte sich in wenigen Stunden total umgekrempelt, alles war endlich in Bewegung gekommen. Die vielen Einzelbewegungen waren auf einmal, zumindest äußerlich in einer Richtung vereint. Aber da kommen auch Zweifel: Weiß jede/r, was er/sie will, worum es eigentlich geht, gehen sollte? Die Zweifel kommen auch durch leicht mitzubekommende natianalistische und bürgerlich-liberale Gerüche.

Als die Spitze der Demonstartion fast die Moldaubrücke erreicht hatte, rasten Polizeiautos heran. Mitten auf der Brücke wurde eine Sperre aus Autos, Hunden und mehreren Reihen Polizisten aufgebaut. Damit sollte verhindert werden, daß Protestierende mit ihrem Anliegen bis zum Parlamentsgebäude gelangen. Der Zug hielt vor der Brücke an mit dem Sprechchor: "Gestapo, Gestapo". Beamte holten Einzelne aus der Menge, die versucht hatten, das Polizeiaufgebot zu fotografieren. Nach dem Geplänkel setzte sich alles am Moldauufer entlang zur Karlsbrücke und dann zur Brücke des 1.Mai in Bewegung - auch diese waren schon gesperrt. Vor der letzteren kam es zur direkten Konfrontation zwischen der protestierenden Menge und dem staatlichen Instrumentarium.

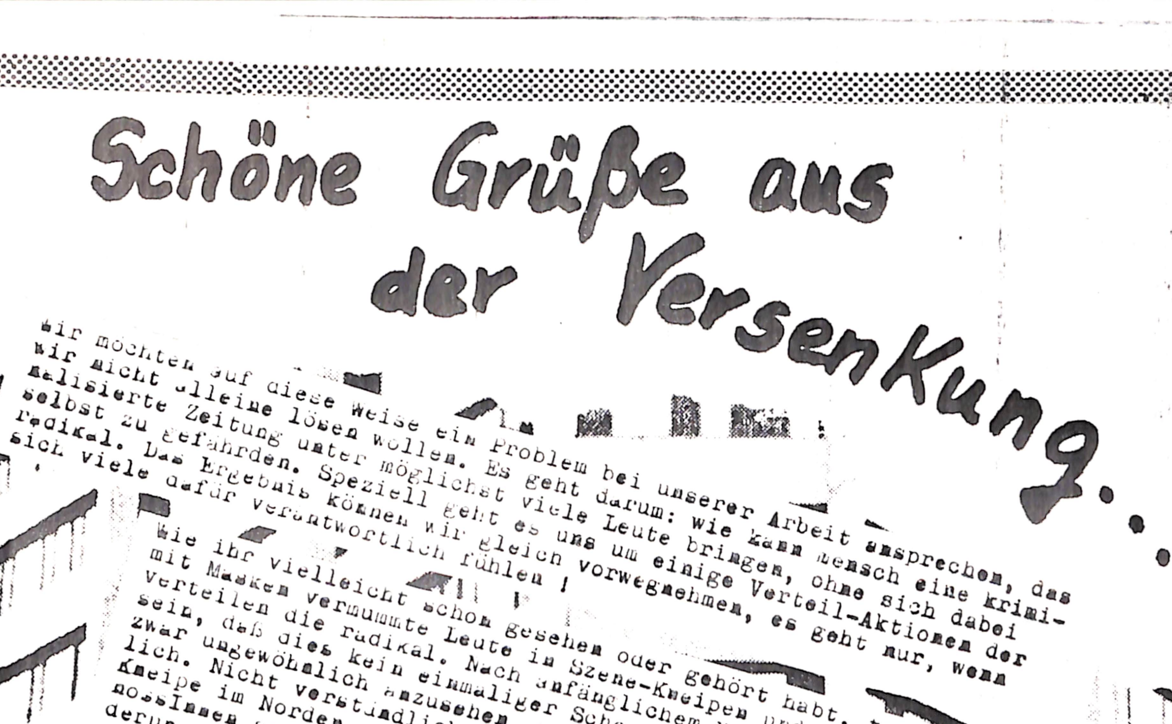
Bis gegen 22 Uhr dauerten Sprechchöre, Gesänge und ein begonnener Sitzstreik an. Die bemerkenswerteste Losung war wohl: "Bullen, auf die Knie vor uns, ihr lebt von unserer Arbeit !"

Als nach 22 Uhr versucht wurde, zum Wenzelsplatz zurückzukehren, kesselten Polizeikommandos den Demonstrantenblock ein und lösten ihn mit reichlich Gummiknüppelgebrauch auf. Etwa 80 Leute wurden verhaftet.

Folgendes ist zum Hintergrund anzumerken: Die Demonstration soll von unabhängigen Friedensgruppen organisiert worden sein. Vor dieser fanden bei drei Frauen Haussuchungen statt. Die Charta 77 hatte versucht, aus Anlaß des 21.August am 20.8. der sowjetischen Botschaft durch ihre Sprecher ein Dokument zu übergeben. Die Sprecher wurden verhaftet, danach aber wieder freigelassen, das Dokument blieb konfisziert.

xy





Schöne Grüße aus der Versenkung...

Wir möchten auf diese Weise ein Problem bei unserer Arbeit ansprechen, das wir nicht alleine lösen wollen. Es geht darum: wie kann mensch eine kriminalisierte Zeitung unter möglichst viele Leute bringen, ohne sich dabei selbst zu gefährden. Speziell geht es uns um einige Verteil-Aktionen der radikal. Das Ergebnis können wir gleich vorwegnehmen, es geht nur, wenn sich viele dafür verantwortlich fühlen !

Wie ihr vielleicht schon gesehen oder gehört habt, tauchen seit einiger Zeit mit Masken vermummte Leute in Szene-Kneipen und auf Veranstaltungen auf, und verteilen die radikal. Nach anfänglichem Hallali sollte deutlich geworden sein, daß dies kein einmaliger Scherz war. Die maskierten GenossInnen sind zwar ungewöhnlich anzusehen, und deshalb ein Schmunzeln und Grinsen verständlich. Nicht verständlich aber ist z.B. die grölende Menge in einer Szene-Kneipe im Norden, die vor lauter unbefriedigter Sensationsgeilheit den GenossInnen sogar an die Masken geht. Wir verstehen Überraschung und Verwunderung bei quasi außergewöhnlichen Ereignissen, aber wir zweifeln erheblich am Begriffsvermögen einiger IdiotInnen, die solche Aktionen auch jetzt noch für eine spaßige Einlage zu ihrem Vergnügen halten.

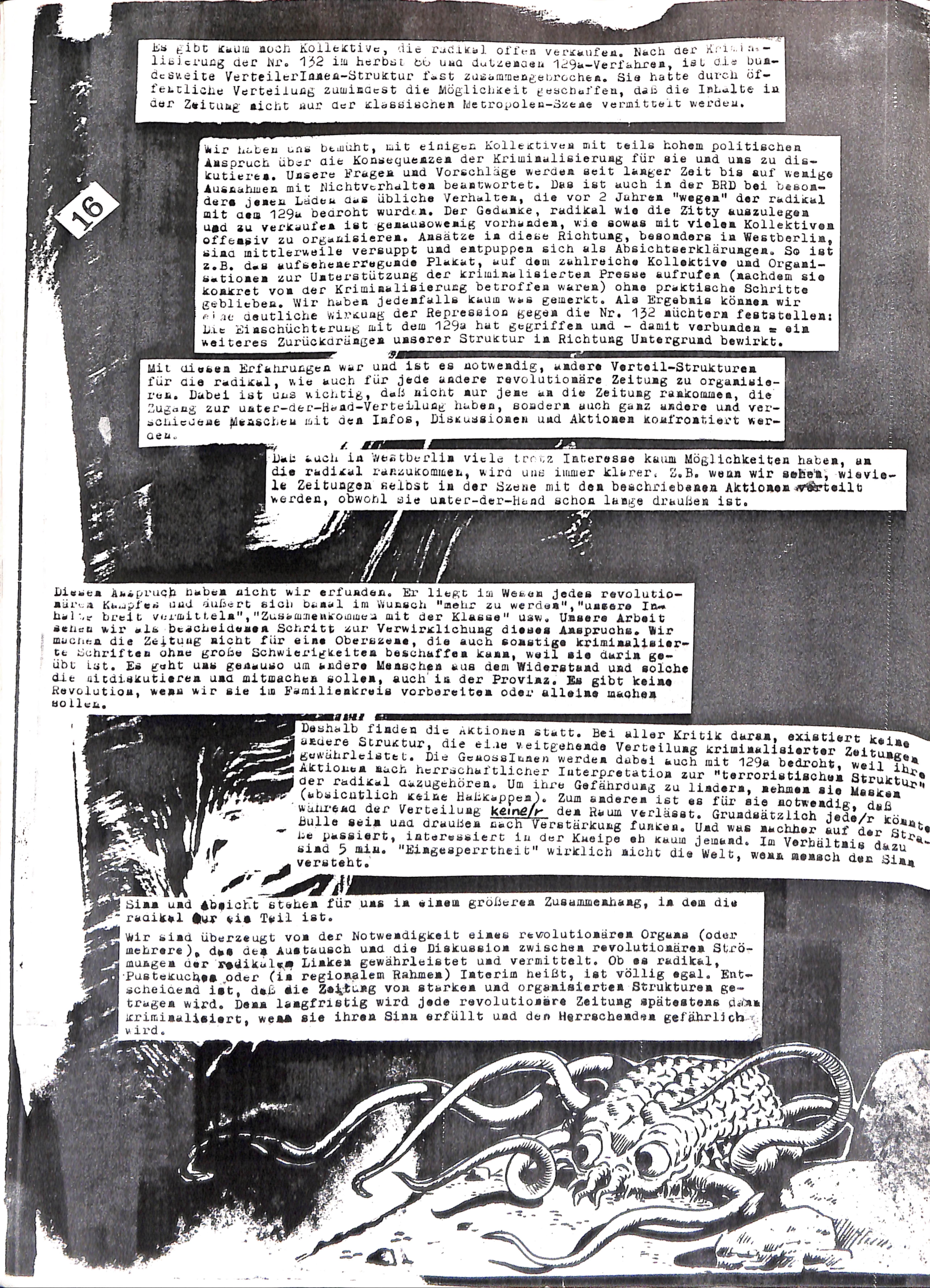
Wir nehmen noch ein anderes Beispiel, denn es gibt auch softere Verhaltensweisen, die uns gehörig anstinken:

In einer überfüllten, sehr angesehenen Szene-Kneipe standen 2 maskierte GenossInnen an der Eingangstür, während andere die Zeitungen im Raum verteilten. Damit die Sperrung der Eingangstür ja nicht mißverstanden werden konnte, hatten sie ein Schild dabei, auf dem in großen Buchstaben darum gebeten wurde, den Raum während der Aktion nicht zu verlassen. Vor der Tür sammelten sich immer mehr Leute. Es gab nicht nur Diskussionen, sondern auch Ansätze von Handgreiflichkeiten. Mehrere Leute wurden immer erregter, da sie sich in ihrer individuellen Bewegungsfreiheit - gerade an dieser Stelle - extrem behindert sahen. Eine war sogar der Meinung, ihr würde Gewalt angetan und befand, daß die Zeitung "auch anders" verteilt werden könnte, jedenfalls nicht mit so einer "Schwachsinnsaktion".

Leute, die hinter solchen Aktionen zuerst großtuerische Profilierungssüchtige wittern, sind selbst mit der Notwendigkeit und den Schwierigkeiten solcher Aktionen nicht konfrontiert. Oder andersrum: Sie konfrontieren sich selbst nicht damit. Das sind die meisten, und daran wird sich so schnell auch nichts wesentlich ändern. Deshalb schreiben wir diesen Artikel. Um ein Bewußtsein für eine Aktion zu schaffen, wo aus einer kriminalisierten Situation in die Öffentlichkeit gegangen wird. Denn ohne ein solches Bewußtsein und konkreten Schutz ist sie nicht lange durchführbar.



Wenn in besagter Kneipe nicht - sehr wenige - eingegriffen hätten, wäre es für die beiden an der Tür evtl. bedrohlich geworden. Bedrohung nicht wegen lauernder Bullen, sondern wegen der eigenen Leute aus der "Szene" da in dieser Kneipe. Das ist makaber. Das Gefühl, bedroht zu werden, ist ein subjektives Gefühl der GenossInnen, denen ihre Gefährdung bewußt ist, und die deshalb logisch auch Angst haben und vielleicht übervorsichtig sind. Aber es ist ihre Entscheidung, wie sie vorgehen wollen. Leute, die sich nicht damit auseinandersetzen, werden die Wirkung ihres eigenen Auftretens (z.B. in der beschriebenen Situation) ganz anders beurteilen. Damit sich auch das ändert, sagen wir was zum Hintergrund der Aktionen.



Es gibt kaum noch Kollektive, die radikal offen verkaufen. Nach der Kriminalisierung der Nr. 132 im herbst 86 und dutzenden 129a-Verfahren, ist die bundesweite VerteilerInnen-Struktur fast zusammengebrochen. Sie hatte durch öffentliche Verteilung zumindest die Möglichkeit geschaffen, daß die Inhalte in der Zeitung nicht nur der klassischen Metropolen-Szene vermittelt werden.

Wir haben uns bemüht, mit einigen Kollektiven mit teils hohem politischen Anspruch über die Konsequenzen der Kriminalisierung für sie und uns zu diskutieren. Unsere Fragen und Vorschläge werden seit langer Zeit bis auf wenige Ausnahmen mit Nichtverhalten beantwortet. Das ist auch in der BRD bei besonders jenen Läden das übliche Verhalten, die vor 2 Jahren "wegen" der radikal mit dem 129a bedroht wurden. Der Gedanke, radikal wie die Zitty auszulegen und zu verkaufen ist genausowenig vorhanden, wie sowas mit vielen Kollektiven offensiv zu organisieren. Ansätze in diese Richtung, besonders in Westberlin, sind mittlerweile versuppt und entpuppen sich als Absichtserklärungen. So ist z.B. das aufsehenerregende Plakat, auf dem zahlreiche Kollektive und Organisationen zur Unterstützung der kriminalisierten Presse aufrufen (nachdem sie konkret von der Kriminalisierung betroffen waren) ohne praktische Schritte geblieben. Wir haben jedenfalls kaum was gemerkt. Als Ergebnis können wir eine deutliche Wirkung der Repression gegen die Nr. 132 nüchtern feststellen: Die Einschüchterung mit dem 129a hat gegriffen und - damit verbunden = ein weiteres Zurückdrängen unserer Struktur in Richtung Untergrund bewirkt.

Mit diesen Erfahrungen war und ist es notwendig, andere Verteil-Strukturen für die radikal, wie auch für jede andere revolutionäre Zeitung zu organisieren. Dabei ist uns wichtig, daß nicht nur jene an die Zeitung rankommen, die Zugang zur unter-der-Hand-Verteilung haben, sondern auch ganz andere und verschiedene Menschen mit den Infos, Diskussionen und Aktionen konfrontiert werden.

Daß auch in Westberlin viele trotz Interesse kaum Möglichkeiten haben, an die radikal ranzukommen, wird uns immer klarer. Z.B. wenn wir sehen, wieviele Zeitungen selbst in der Szene mit den beschriebenen Aktionen verteilt werden, obwohl sie unter-der-Hand schon lange draußen ist.

Diesen Anspruch haben nicht wir erfunden. Er liegt im Wesen jedes revolutionären Kampfes und äußert sich banal im Wunsch "mehr zu werden", "unsere Inhalte breit vermitteln", "Zusammenkommen mit der Klasse" usw. Unsere Arbeit sehen wir als bescheidenen Schritt zur Verwirklichung dieses Anspruchs. Wir machen die Zeitung nicht für eine Oberszene, die auch sonstige kriminalisierte Schriften ohne große Schwierigkeiten beschaffen kann, weil sie darin geübt ist. Es geht uns genauso um andere Menschen aus dem Widerstand und solche die mitdiskutieren und mitmachen sollen, auch in der Provinz. Es gibt keine Revolution, wenn wir sie im Familienkreis vorbereiten oder alleine machen sollen.

Deshalb finden die Aktionen statt. Bei aller Kritik daran, existiert keine andere Struktur, die eine weitgehende Verteilung kriminalisierter Zeitungen gewährleistet. Die GenossInnen werden dabei auch mit 129a bedroht, weil ihre Aktionen nach herrschaftlicher Interpretation zur "terroristischen Struktur" der radikal dazugehören. Um ihre Gefährdung zu lindern, nehmen sie Masken (absichtlich keine Haßkappen). Zum anderen ist es für sie notwendig, daß während der Verteilung keine/r den Raum verlässt. Grundsätzlich jede/r könnte Bulle sein und draußen nach Verstärkung funken. Und was nachher auf der Straße passiert, interessiert in der Kneipe eh kaum jemand. Im Verhältnis dazu sind 5 min. "Eingesperrtheit" wirklich nicht die Welt, wenn mensch den Sinn versteht.

Sinn und Absicht stehen für uns in einem größeren Zusammenhang, in dem die radikal nur ein Teil ist.

Wir sind überzeugt von der Notwendigkeit eines revolutionären Organs (oder mehrere), das den Austausch und die Diskussion zwischen revolutionären Strömungen der radikalen Linken gewährleistet und vermittelt. Ob es radikal, Pustekuchen oder (in regionalem Rahmen) Interim heißt, ist völlig egal. Entscheidend ist, daß die Zeitung von starken und organisierten Strukturen getragen wird. Denn langfristig wird jede revolutionäre Zeitung spätestens dann kriminalisiert, wenn sie ihren Sinn erfüllt und den Herrschenden gefährlich wird.

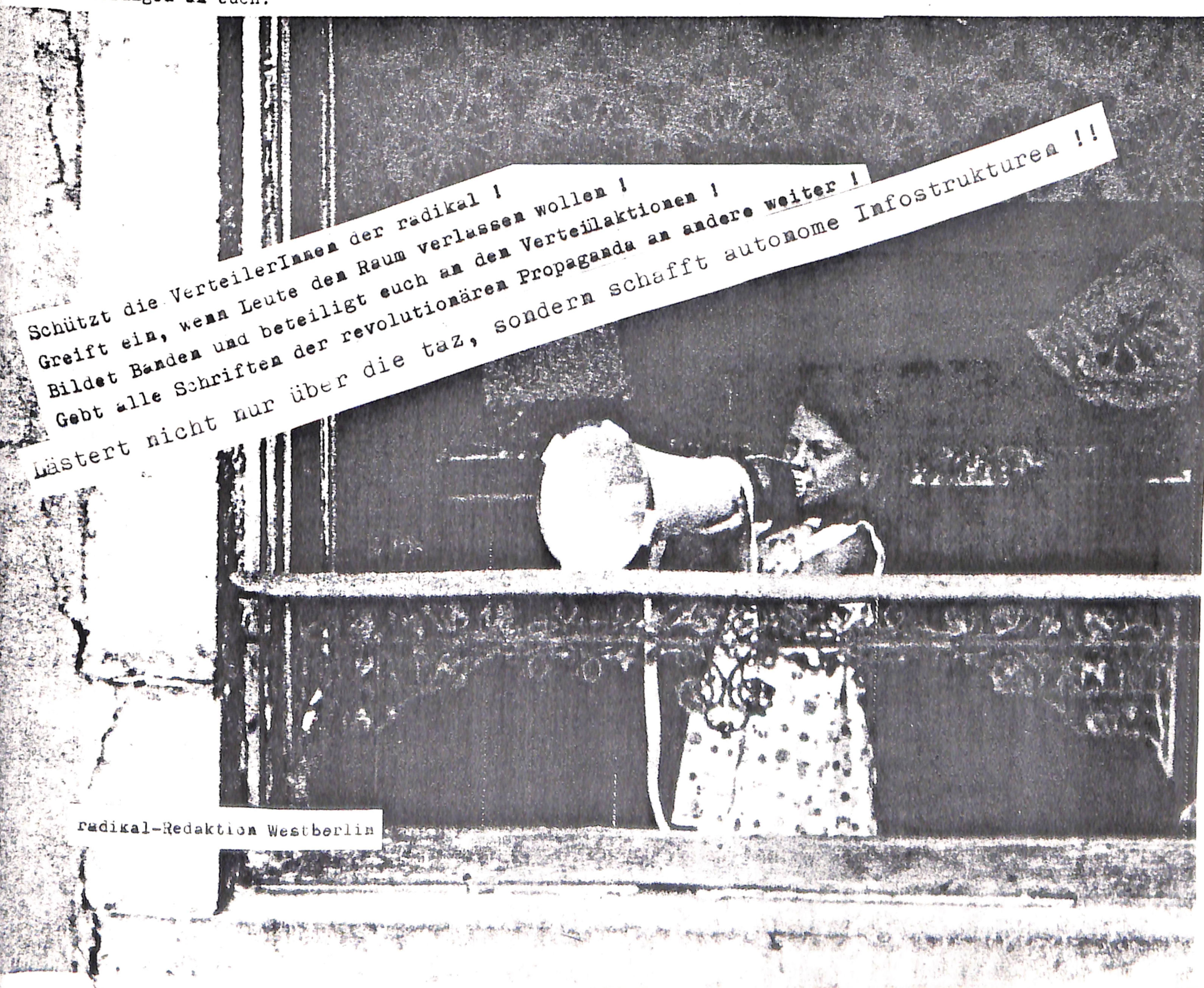
So ist es 1983/84 nach 7jährigem Bestehen mit der radikal geschehen. Zumindest 2 Jahre lang war sie Organ der militanten Häuserbewegung in Westberlin. Parallel mit der Bewegung wurden auch deren Zeitungen eingemacht. Wir wollen nicht behaupten, daß dies der einzige Grund für den Niedergang der radikal und anderer Zeitungen ist, aber ein sehr erheblicher. Die Repression schlägt in diesem - damals noch heiklen - Bereich nicht blindwütig zu, sondern taktisch. Dann, wenn sie ihre Opfer schutzlos sieht und eine spontane und organisierte Solidarität gegen ihr Vorgehen einkalkulieren kann und als hinnehmbar einschätzt.

Damals wie heute existiert keine Struktur, die für eine revolutionäre Zeitung gar die Legalität erzwingt. Und Vorschläge, die aus dieser entwurzelten Situation rausführen sollen, orientieren sich oft defensiv an der unverarbeiteten Repression als an dem, was eine notwendige politische Arbeit sinnvoll macht. Z.B. wird uns immer wieder eindringlichst nahegelegt, wir sollten den Namen radikal ändern, in der kurzsichtigen Hoffnung, den Bullen ein Schnippchen schlagen zu können. Als ob dieselbe Zeitung mit gefälschtem Namen sie langfristig verwirren könnte. Das träfe unserer Meinung auch eher auf eine Menge LeserInnen zu, denen die Kunst solcher Schachzüge fremd ist.

Für all diese Probleme können wir Lösungen vorschlagen, sie aber nicht alleine entwickeln. Es ist allgemein so mit der Repression, daß individuelle Lösungen meist einem sich-darauf-einstellen gleichkommen, während eine Strategie und Kraft erst in der gemeinsamen Verantwortung möglich wird. Aber wem erzählen wir das ?!

Wir versuchen mit einem Gemisch aus verdeckter Organisierung und offensiven Aktionen u.a. zu gewährleisten, daß die radikal trotz Kriminalisierung nicht nur besagte Oberszene erreicht und dann zwangsläufig nur von ihr bestimmt wird. Das ist ein Versuch mit offenem Ende, weil wir auf viele notwendige Entwicklungen keinen direkten Einfluß haben. Er hat auch unabhängig von der radikal grundsätzliche Bedeutung. Schon morgen kann es der Interim an den Kragen gehen, und leider erst dann werden die meisten merken, daß ein Rahmen für Diskussionen fehlt und uns politisch zurückwirft.

Das wars schon. Als Konsequenz aus dem bisher gesagten, stellen wir folgende Forderungen an euch:



radikal-Redaktion Westberlin

ZU DEN EBLT-BULLEN WÄHREND DER VORBEREITUNG DER AKTIONSTAGE GEGEN IWF UND WELTBANK DER AUTONOMEN UND ANTIIMPERIALISTISCHEN GRUPPEN

Vor ein paar Wochen war es nach einer Anfrage eines SPD-Abgeordneten im Westberliner Abgeordnetenhaus zuerst im Tagesspiegel und dann im Spiegel und in der TAZ zu lesen: Drei EblT-Bullen im Vorbereitungsplenum der Autonomen und Antiimperialistischen Gruppen zu den Aktionstagen gegen IWF und Weltbank.

Besonders auf die autonome "Karriere" einer EbLT-Frau in Frauen- und Lesbenzusammenhängen wurde hingewiesen. Ihr sei sogar die Anmeldung einer Demo angetragen wurden.

Das stimmt so nicht!

Die Frau war in keinen uns bekannten Frauen- und Lesbenzusammenhängen und sollte auch keine Demo anmelden. Sondern, sie saß schweigend mehrere Wochen in einer der vier Vorbereitungsgruppen für die Aktionstage und im Plenum derselben.

Dessen sind wir uns aufgrund von Nachfragen und der Story aus den Zeitungen sicher. Laut der Zeitungsberichte ließ sie sich ihren Fuß eingipsen, um unter diesem Vorwand kurz vor den Aktionstagen auszusteigen. Der Gipsfuß war es dann auch, der uns auf sie aufmerksam werden ließ.

Warum erst so spät diese Erkenntnis?

Die Mobilisierung zu den Aktionstagen war eher schlaff verlaufen. Auf der ersten Vollversammlung hatten wir uns fast nur angeschwiegen, weshalb beschlossen wurde, daß Plenum zu öffnen. Auf dieser VV wurde ein öffentlicher Termin und Ort bekanntgegeben, zu dem alle Interessierten kommen konnten und sollten. Wir waren uns völlig im klaren darüber, daß die Schweine spätestens hier versuchen würden uns zu infiltrieren. Wir sind aber auch schon vorher davon ausgegangen, daß unsere Treffen von Staatsschutzschweinen begleitet sind. Daran ist auch wirklich nichts neues.

EbLT-Bullen allerdings sind eine andere Qualität, denn ihnen können wir in unserem Alltag im Kiez oder sonstwo über den Weg laufen. Ihr Wissen um unsere Identität kann konkret zu gezieltet Repression, wie Festnahmen, Prügeleien usw. führen.

Obwohl die drei über keine "szien-Geschichte" verfügten, was bei einigen Staatsschutzschweinen anders sein dürfte, gelangte mindestens die Frau ohne Probleme in die Vorbereitung und das weil wir im Stress der Vorbereitung zu ungenau mitein-

ander umgingen. Das Vorstellen jeder/s Einzelnen zu Beginn des großen Plenums verkam zur Farce, weil kaum noch dessen Notwendigkeit eingesehen wurde und es für viele nur für Nerv bzw. übertriebene Paranoia stand. In den kleinen Vorbereitungsgruppen setzte sich diese Schlamperei fort, da auf das Vorstellungsritual in der Großgruppe vertraut wurde.

Es wäre in der kleinen Gruppe wahrscheinlich relativ einfach gewesen, sie zu enttarnen oder einfach nur rauszuschmeissen. So, ohne unser Nachfragen erinnern wir uns fast nur noch an eine schweigende Frau, die fast immer vor Ende des Plenums ging.

Was hat sie oder haben sie mitbekommen?

Die Frau hat in den fünf oder sechs Treffen nach der Öffnung des Plenums vor dem IWF-Kongreß die Strukturen in der Vorbereitungsgruppe und zum Teil die des gemischten großen Plenums mitgekriegt. Ausserdem kennt sie jetzt einige Vornamen, Spitznamen und einige der Beziehungen von Leuten untereinander. Sie war zwar bei keinem wirklich internen Treffen anwesend, hat aber die technischen Diskussionen mitgekriegt, in denen es darum ging, wer meldet was an, wer besorgt Flugis, welcher Lautsprecherwagen,usw. Auch wenn diese Entscheidungen gegen Ende des Plenums liefen, wo sie meist schon weg war, bekam sie dennoch einen Einblick in unsere Strukturen. An inhaltlichen Diskussionen, hat sie solche mitgekriegt wo es um Formulierungen in Redebeiträgen, Flugitexte usw. ging.

Wenn sie und die anderen beiden Bullen nicht ganz doof sind, können sie ein paar Gesichter und Namen jetzt einigen Zusammenhängen zuordnen oder kennen sie einfach.

Personenbeschreibung der Frau:

Etwa 175-180 cm groß, kräftiger Körperbau, hell blondierte glatte, relativ kurze, zur Seite gekämmte Haare, helle Augen, einprägsames gesicht mit auffälligen Tränensäcken unter den Augen und hervorstehenden Backenknochen, solariumgebräunte, sonst wahrscheinlich eher blasse Haut, trägt zeitweilig unechte Gipsfüsse.

Auch wenn die Frau auf keinen wirklich internen Treffen gewesen ist und ihre Erkenntnisse hinter denen des Staatsschutzes zurüchbleiben dürften, so ist das Gelingen ihrer Infiltration ein Zeichen für die Ungenauigkeit unseres Umgangs unter uns. ein bischen schwerer sollten wir ihnen das Eindringen in unsere strukturen schon machen.

Es ist allerdings wirklich nichts Neues oder Erstaunliches, daß unsere Treffen von den Schweinen observiert werden. Wir halten es dennoch für wichtig, daß was auf öffentlichen Treffen beredet werden kann, auch weiterhin zu bereden.

Nur Mut , der Kampf geht weiter!

Meister Eder und seine Pumuckel, Nov.1988

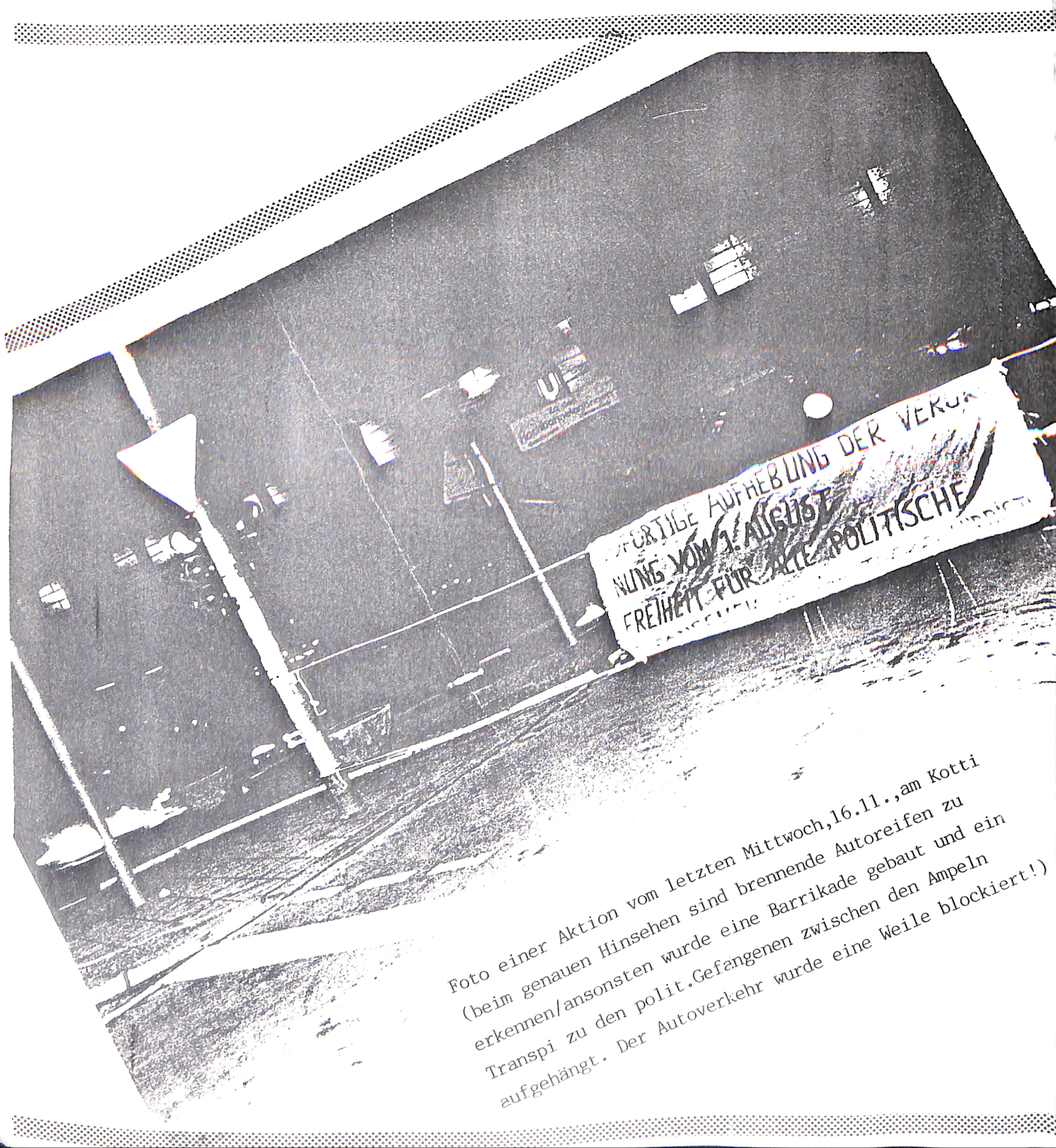


Foto einer Aktion vom letzten Mittwoch,16.11.,am Kotti
(beim genauen Hinsehen sind brennende Autoreifen zu
erkennen/ansonsten wurde eine Barrikade gebaut und ein
Transpi zu den polit.Gefangenen zwischen den Ampeln
aufgehängt. Der Autoverkehr wurde eine Weile blockiert!)

Erklärung

Wir haben in der Nacht vom 18.11.88 begonnen, die Fassade des Hauses Pfuelstraße 5 zu renovieren. Wir sehen diese Aktion in Zusammenhang mit der behutsamen Stadterneuerung und dem Erhalt wertvoller Wohnsubstanz. Dabei kamen die handwerklichen Fähigkeiten zum Tragen, die wir uns in jahrelanger Selbstausbeutung angeeignet haben.

Konkret haben wir mittels eines großen personellen und technischen Aufwandes die Fassade mit einem Anstrich versehen und dabei eine große Sauerei produziert. Daß die Kuthe GmbH unsere Maßnahmen (mit denen wir im übrigen sehr zufrieden sind) als zerstörerisch und geschäftsschädigend empfinden wird, versteht sich von selbst. Nicht umsonst haben wir, um genau diese Wirkung zu erzielen, eine dieser mühevollen, kollektiven Entwicklungsprozesse hinter uns. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, daß jede Schweinerei Kuthes weitere Renovierungsarbeiten in unserem Sinne nach sich zieht.

Am 23.11 will sich die Eigentümerin Kuthe GmbH von der Klassenjustiz den Stempel für die Räumung einer WG im 4.Stock, Vorderhaus abholen. Sie verfolgt damit die Absicht, wie ihr Geschäftsführer selbst sagt, Sauberkeit und Ordnung wieder herzustellen. Das Konzept heißt: Eine WG herauszugreifen um allen Beteiligten exemplarisch vorzuführen, was mit solchen Leuten passiert, die Widerstand mit sich bringen. (Money can buy)

FÜR ZERSTÖRUNG WERTVOLLER PROFITSUBSTANZ!

FÜR DEN ERHALT UNSERER BEWEGUNGSBASIS!

P 5 Anti-Verwaltung

Abt.: Schmutz im Stadtbild

PRINZENALLEE 58

RÄUMUNG ??

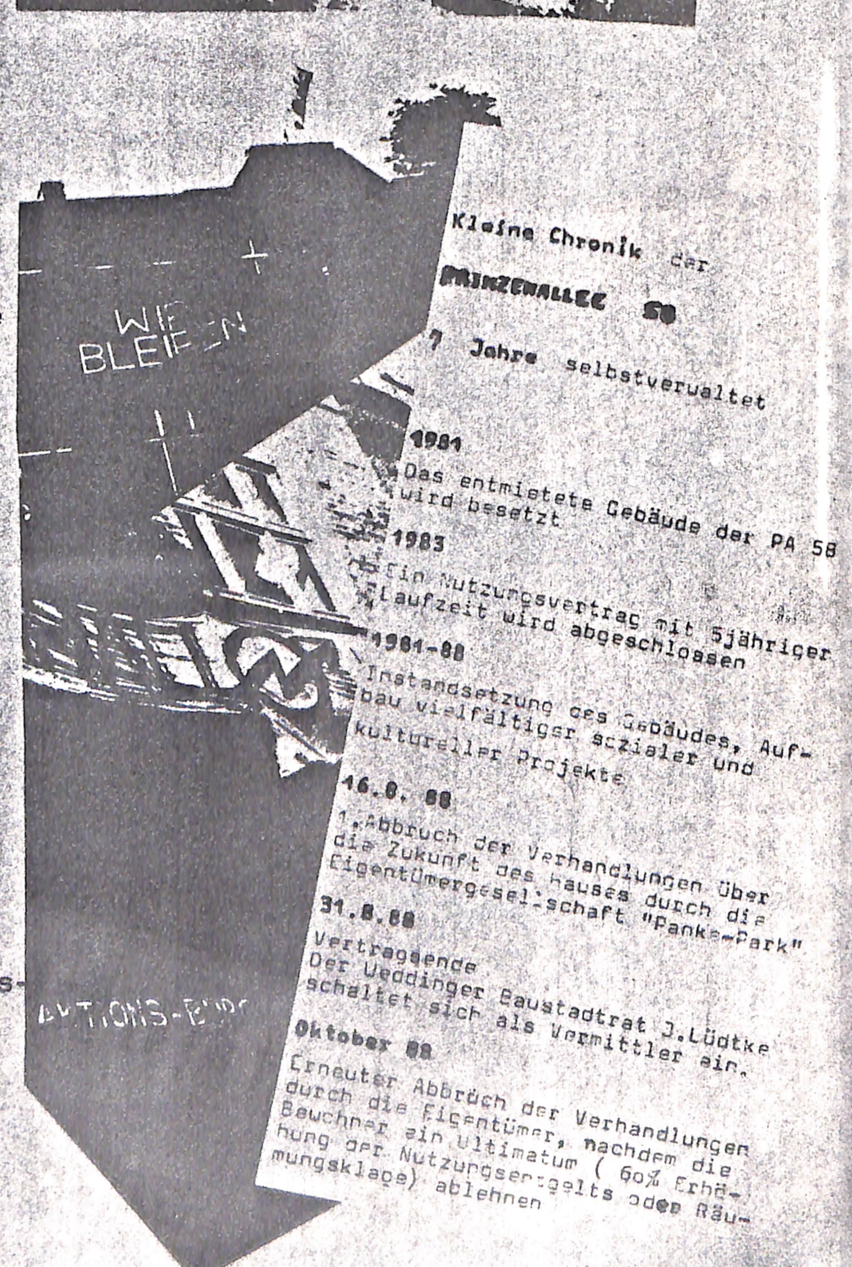
Dem Wohnprojekt PRINZENALLEE 58 droht die Räumung.

Noch vor Jahresfrist bei einem Bundeswettbewerb mit einer Goldmedaille für den Bezirk Wedding beehrt, sollen nun

- 1oo Bewohner, darunter 2o Kinder, ihren in Eigenarbeit instandgesetzten Lebensraum verlieren - bei einer katastrophalen Wohnmarktlage auf die Straße gesetzt werden
- eine Vielzahl von privat initiierten, teilweise durch Senatsgelder geförderten Projekten im Erdgeschoß des Hauses zerstört werden, darunter
  + eine Kindertagesstätte
  + ein Behindertentreffpunkt
  + Holz- und Metallwerkstätten
  + Musik- und Theaterprobenräume
  + eine Jugendbildungsstätte
  + ein konzessioniertes Café
  + eine Kiezküche

Der Grund:

Das Profitinteresse von Bauspekulanten der Unternehmensgruppe Hauert&Noack.
Nach Ablauf eines 5jährigen Nutzungsvertrages haben die Hauseigentümer ("Panke-Park GmbH &Co KG")die Verhandlungen mit den Bewohnern - unter Vermittlung des Weddinger Baustadtrats J.Lüdtke - gezielt mit völlig überhöhten Forderungen und dreisten Ultimaten platzen lassen.
Die Räumungsklage ist eingeleitet.



Kleine Chronik der PRINZENALLEE 58

7 Jahre selbstverwaltet

1981
Das entmietete Gebäude der PA 58 wird besetzt

1983
Ein Nutzungsvertrag mit 5jähriger Laufzeit wird abgeschlossen

1981-88
Instandsetzung des Gebäudes, Aufbau vielfältiger sozialer und kultureller Projekte

16.8.88
1.Abbruch der Verhandlungen über die Zukunft des hauses durch die Eigentümergesellschaft "Panke-Park"

31.8.88
Vertragsende
Der Weddinger Baustadtrat J.Lüdtke schaltet sich als Vermittler ein.

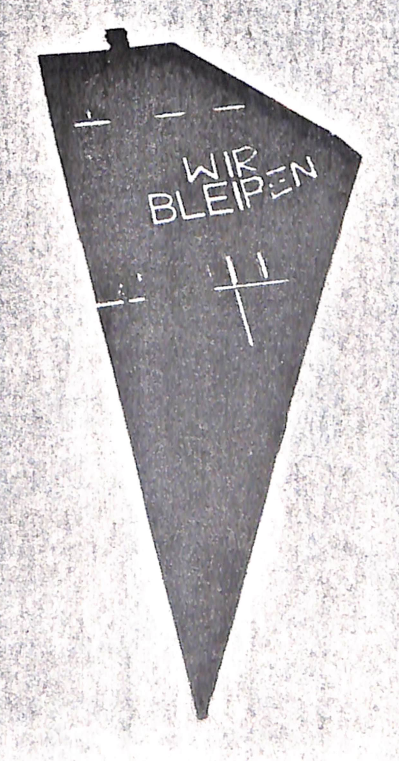
Oktober 88
Erneuter Abbruch der Verhandlungen durch die Eigentümer, nachdem die Bewohner ein Ultimatum (60% Erhöhung der Nutzungsentgelts oder Räumungsklage) ablehnen

Die Bewohner und Nutzer (-innen) der Prinzenallee 58 schlagen nun ein Lösungsmodell vor:

- Erwerb des Gebäudes durch das Land Berlin
- treuhänderische Verwaltung des Projektes durch das "Sozialpädagogische Institut" (SPI)
- Gründung einer Genossenschaft der Bewohner/innen des Hauses mit dem Ziel einer Übernahme durch Kauf oder Erbpachtvertrag mit dem Land Berlin

Noch haben sich die zuständigen Senatsstellen nicht zu dem Modell geäußert. Doch neben dem Bezirk ist auch der Senat gefordert,

+ der Vernichtung günstigen Wohnraums Einhalt zu gebieten
+ einer kulturellen und sozialen Verödung des Wedding entgegenzusteuern
+ die Spekulation mit dem Grundrecht auf Wohnung angesichts akuter Wohnungsnot in Berlin zu stoppen



WIR FORDERN DAHER :

ERHALT DES LEBENSRAUMES FÜR 100 MENSCHEN !

SICHERUNG DER SOZIALEN UND KULTURELLEN PROJEKTE IM ERDGESCHOSS DES HAUSES !

ERWERB DES GEBÄUDES DURCH DAS LAND BERLIN !

ÜBERLASSUNG DES HAUSES AN DIE BEWOHNER UND NUTZER (-INNEN) UNTER ZUMUTBAREN BEDINGUNGEN !

V.i.S.d.P.: VeguSchubiWo.eV. M. Bernklau

MOABITER BEFRAGEN POLITIKER ZUM ABRISS VON WOHNRAUM

Einladung

ZUR ÖFFENTLICHEN

VERANSTALTUNG AM

1. DEZEMBER 1988

UM 19.30 UHR

IM GEMEINDESAAL DER

ST. JOHANNISKIRCHE

ALT-MOABIT 25 / B 21

Als Mieterinitiative ist es unser Anliegen, den Abriß von Häusern zu verhindern. Es empört uns, daß der Senat, trotz der gegenwärtigen Wohnungsnot in Berlin, solide Altbauten vernichten will, um an dieser Stelle weitere Verwaltungsgebäude zu erstellen. Wohnungsmieter sollen auf die Straße gesetzt, Gewerbetreibende um ihre Existenz gebracht werden. Heute sind wir von einer unerträglichen Bauplanung betroffen, morgen können S i e vor einem ähnlichen Problem stehen, weil der Bezirk Tiergarten zu einer Spielwiese für die überbezirklichen Stadtplaner geworden ist.

Unser Bezirk geht uns alle etwas an. Darum ist es an der Zeit, unseren Politikern zu sagen, wie wir von ihnen im Parlament vertreten sein wollen. Wir stehen vor den Wahlen. Sie und wir müssen die Chance nutzen, mit den Kandidaten zu reden. Unsere Politiker sollen endlich wissen, daß es uns allen nicht egal ist, wie über unsere Belange am grünen Tisch entschieden wird.

Veranstalter:

Mieterinitiative –
c/o Peter Riecker
Te.: 394 37 27

Wohnen contra Justizfestung

Skandal im Justizblock

Kündigungen sind erfolgt

Zur aktuellen Situation

Die Mieter von rd. 50 Wohnungen und 10 Gewerbebetriebe in den Häusern der Wilsnacker Str. 1 und 2 / Alt-Moabit 21/22, 20 bangen um ihren Lebens- und Arbeitsraum. Würde man die angrenzenden Häuser Alt-Moabit 18 und 19 miteinschließen, so ergäben sich insgesamt über 60 Mietparteien und 20 Gewerbebetriebe mit ca. 100 Beschäftigten, die durch dieses Vorhaben bedroht würden.
Diese Wohnungen werden u.a. von "sozial Schwachen" und Familien mit mehreren Kindern bewohnt.

Diese Mieter und Gewerbebetriebe erhielten im Februar 1987 eine Mitteilung vom Grundstucksamt, daß die Justiz fur die Erweiterung ihrer Verwaltung die Häuser abreißen lassen will. Ein Rechtsanspruch auf Ersatzwohnungen und Gewerberäume bestehe nicht, im Rahmen des Moglichen wäre man den Betroffenen aber behilflich bei der Suche.
Wenige Tage später hat sich das Bezirksamt Tiergarten in seiner Sitzung am 24.2.1987 gegen den Abriß der Häuser ausgesprochen, da sie zu den wenigen gutausgestatteten und -erhaltenen Altbauten gehören, die in Tiergarten überhaupt zur Verfügung stehen. (Presseerklärung vom 25.2. 1987 des Bezirksamts Tiergarten bzw. des Bezirksbürgermeisters Herrn Ernst.)
Für alle Mieter bedeutet das: Verlust ihrer gewohnten Umgebung und erzwungene Aufgabe der lange gewachsenen sozialen Kontakte.
Für Familien mit Kindern: Schul- und Kindertagesstättenwechsel.
Für die älteren Bewohner: möglicherweise Abschiebung in Altenheime.
Fur die Gewerbebetriebe: hohere Gewerbemieten, Standortwechsel mit Kundenverlust, woraus sich zwangsläufig Entlassungen ergeben müssen.
Für altere Gewerbetreibende: Geschäftsaufgabe
Fur die umliegenden Gekschaftsleute: Existenzschmälerung.
Falls sich wider Erwarten geeignete Altbauwohnungen finden ließen: Mietvertrage mit den neuen Bestimmungen im Zuge der Aufhebung des Weißen Kreises, was auf jeden Fall höhere Mieten selbst bei vergleichbaren Bedingungen bedeutet.

Seit 1000 Jahren im Justizbesitz

Alarmiert durch die Abrißankündigung des Bezirksamtes und durch ältere Hausbewohner angeregt, folgten die Mieter des Eckhauses Wilsnacker Str./Alt-Moabit dem ehrwürdigen Grundsatz: GRABE, WO DU STEHST!
Schnell fanden sich aufregende Spuren: Das Grundstück – nach Auskunft der Verantwortlichen schon "immer" im Besitz der Justiz, war in den 30er Jahren unter Zwangsverwaltung gestellt worden und wurde seinem (russischen!) Besitzer im Jahr 1943 endgültig abgenommen.
Nach Aussagen seiner Ehefrau – die heute in New York lebt – war er "Halbjude" und hatte gegen die Reichsjustiz im NS-Reich keine Chance seinen Besitz zu retten. Zwar wurde im Grundbuch 1949 ein "Rückerstattungsanspruch" ("aufgrund d. Anordnung BK/0 (49) 180 der Allierten Kommandantur Berlin v. 26.7.1949") eingetragen, aber zu einer Entschädigung der Opfer kam es ebensowenig wie zu einer Bestrafung der Schuldigen. Das Haus blieb im Besitz ausgerechnet der Justiz.
Es fanden sich auch Schreiben aus dem Jahr 1939, die heutigen Aussagen verblüffend ähneln: Im Rahmen der Neugestaltung der Reichshauptstadt – des megalomanen Speer-Planes – sollte in der Nähe des politischen Zentrums und gleichfalls in der Nähe der Wehrmachtskasernen eine "Justizfestung" entstehen. Diese Planungen, die unter anderem einen 350 Meter hohen Kuppelbau an der Stelle vorsahen, an der heute Kohls Museum gebaut werden soll, waren städtebauliche Projektionen eines kraftstrotzenden Selbstbewußtseins der Zwangsinstitutionen Militär, Justiz und Partei. Sie können aber ebenso als Kompensation von tiefreichenden Zweifeln an der Zuverlässigkeit des „Deutschen Volkes" aufgefaßt werden.
Die Planung einer geschlossenen "Justizinsel" widerspricht nicht nur modernen städtebaulichen Ansichten, sie ist die Fortsetzung der Traditionen des 1000jährigen Reiches mit heutigen Mitteln.
Dem gegenüber steht als einziges das Interesse der Justiz, den gesamten Block als zentralen Standort für die Justizverwaltung (mit Kriminalgericht und Justizvollzugsanstalt) zu gewinnen.
Alternative Standorte für die Erweiterung der Justizverwaltung, wurden zugunsten dieses bürgerfeindlichen Projektes immer wieder strikt abgelehnt.

Was tun?

Wir Mieter und Kiezanwohner schlossen uns zu einer Bürgerinitiative zusammen. Wir fütterten die Presse mit Informationen, veranstalteten ein Straßeninformationsfest, bauten Infostände und sammelten 2000 Unterschriften gegen den Abriß. Übergaben die Unterschriften Bürgermeister Ernst (CDU) der uns lauwarme Unterstützung versprach.
Wir begrüßen die Initiative der AL-Fraktion in der BVV Tiergarten auf Durchführung eines Bauleitplanungsverfahrens, wie es das Baugesetzbuch vorsieht und fordern die anderen Parteien auf, sich dieser Initiative anzuschließen. Wir werden die Kandidaten aller Parteien unter die Lupe nehmen und öffentlich befragen, wie sie zu diesen baupolitischen Skandal sich verhalten. Wir treffen uns am 1. Mittwoch jeden Monats im Café Scheselong, Wilsnacker Str. 61, in Berlin 21.
Mitbürger vom Kiez solidarisiert Euch, helft uns, verhindert die weitere Verödung des Bezirks.

Wohnen contra Justizfestung*

OKT. 1988 5000

Mieterinitiative c/o Peter Riecker Te.: 394 37 27

Schüler! Wehrt euch gegen Ausländerfeindlichkeit und Nazi-Sprüche!



Seit dem Winter 1985/86 nehmen die Aktivitäten rechtsextremistischer Organisationen an berliner Schulen ständig zu. Auch viele einzelne Rechtsradikale treten immer offener auf mit ihren bekannten Sprüchen wie "Ausländer raus", "Türken ins KZ" usw. und leider gibt es immer noch zuwenig Leute, die diesen Rechtsextremisten oder Dummköpfen etwas entgegensetzen. Oft läßt man sie reden, ignoriert sie, nimmt sie nicht ernst.

A B E R   D A S   I S T   G E F Ä H R L I C H !

Seit dem ersten 'Gautreffen' der berliner FAP (Neonazis) im Januar '86 sind die faschistischen Gruppen in Berlin vermehrt zusammen aktiv geworden - und zwar mit einem Schwerpunkt an Oberschulen. Vor allem Aufkleber der FAP und der 'Nationalistischen Front' tauchen vielerorts in den Schulen auf. Offen werden rassistische Flugblätter und Schülerzeitungen verteilt, in denen gezielt Jugendliche angesprochen und zur Mitarbeit geworben werden. Und gerade die Schüler, die vorher nur 'dumme Sprüche' gemacht haben, werden zu den Treffen dieser Gruppen eingeladen und dort ideologisch gefestigt. Ab dann sind sie auch wirklich gefährlich, weil sie sich organisiert haben. Und das muß verhindert werden!
Wir dürfen es nicht zulassen, daß wieder faschistische Banden durch unsere Straßen ziehen und Terror verbreiten! Zu viele Flüchtlingslager und türkische Läden sind schon überfallen und angezündet worden, zu viele Linke, Demokraten und auch unpolitische Leute wurden schon bedroht oder verprügelt. Sie dürfen sich nicht mehr an den Schulen festsetzen! Schon seit Längerem gibt es in Berlin Oberschulen, an denen sich antifaschistische Schüler nicht mehr als solche zu erkennen geben können.

Deshalb darf dieses Problem nicht einfach ignoriert werden. Viele Skinheads, Billies, Nutties und andere treten mit rassistischen Sprüchen auf - laßt sie nicht ihre faschistische Propaganda verbreiten, aber diskutiert darüber. So können eventuelle Mitläufer angehalten werden. Und dise Leute selbst werden isoliert und vielleicht sogar von ihrem Weg abgebracht.

Bildet an euren Schulen Antifaschistische Gruppen, die z.B. Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema machen und die über die wahren Hintergründe der Ausländerfeindlichkeit und der 'nationalen' Propaganda informieren! Ihr könntet vielleicht mit einigen Lehrern was für den Unterricht vorbereiten, beispielsweise einen Projekttag dazu. Außerdem ist es wichtig, sich zum direkten Schutz vor Angriffen von denen zusammenzuschließen und die Augen und Ohren offenzuhalten, ob andere Mitschüler Ärger mit Rechtsradikalen haben!

Wenn ihr Interesse habt, Kontakte oder Unterstützung braucht, dann meldet euch mal.



HAU AB MIT DEINEM MIST!

WIESO VERTEILST DU DIESE NAZI-SCHEISSE?

SPÄTER:

GEGEN DIE NAZIS

WAS IST NEO-FASCHIS

KOMMSTE UM 15 UHR WEGEN DER ANTIFASCHISTISCHEN WANDZEITUNG?...

V.i.S.d.P:
ANTIFA-JUGENDFRONT
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Auszugsweise Dokumentation zu einem Ermittlungsverfahren in Westberlin,s.u.: Wir haben aus der seitenlangen Begründung der Staatsanwaltschaft-in der sie auch sehr viel aus dem Buch zitiert- nur die 1.Seite abgedruckt, weil das Buch an vielen Stellen eher zu Selbstverletzungen anleitet und wir deshalb nicht unbedingt seitenlang dafür werben wollen(es wurde im Jahre 18 hundertsonstwann verfaßt).



w e g e n **Aufforderung** zu Straftaten

wird auf **Antrag der Staatsanwaltschaft** Berlin gem. §§ **111b Abs. 1, 111n und** 111m StPO die Beschlagnahme des Druckwerks

> **Johann Most,** Revolutionäre Kriegswissenschaft, **ca. 10,4** x 14,5 cm, broschiert **mit weißem Deckel,** ohne Verlag u. Jahr

angeordnet.

Die Beschlagnahme **erstreckt sich** auf alle Exemplare, die sich im Besitz der **bei ihrer Verbreitung** oder deren Vorbereitung mitwirkenden Personen **befinden,** sowie auf die öffentlich ausgelegten oder beim **Verbreiten durch** Versenden noch nicht dem Empfänger ausgehändigten Exemplare.

Sie wird auf die zur **Herstellung** der Schrift gebrauchten oder bestimmten Vorrichtungen, wie Platten, Formen, Drucksätze, Druckstöcke, Negative oder Matrizen ausgedehnt.

Die Teile des Druckwerks, die ausscheidbar sind und nichts Strafbares enthalten, sind von der Beschlagnahme ausgeschlossen.

G r ü n d e:

Es liegen dringende Gründe für die Annahme vor, daß das Druckwerk eingezogen und die Unbrauchbarmachung der zur Herstellung verwendeten Gegenstände angeordnet wird, da es einen solchen Inhalt hat, daß jede vorsätzliche Verbreitung in Kenntnis seines Inhalts den Tatbestand eines Strafgesetzes verwirklichen würde, § 74d StGB.

Der Tatbestand eines Strafgesetztes wird im einzelnen durch die Verbreitung folgender Textstellen verwirklicht, die Anlaß zur Beschlagnahme geben:

Das Buch beginnt mit einer Einführung über die Notwendigkeit des Gebrauchs von Sprengstoffen, insbesondere Dynamit für die soziale Revolution und stellt fest, daß Revolutionäre zumeist wenig Geld haben, um Dynamit zu kaufen (Seite 3 f).

Auf Seite 6 beginnt der praktische Teil: "Wir gedenken, im Laufe unserer hiermit begonnenen Abhandlung allerdings - der Vervollständigung des Gegenstandes halber - auch die einfachsten Methoden der Sprengstoff-Erzeugung mitzuteilen. Allein viel wichtiger als das, scheint uns zunächst etwas anderes zu sein, nämlich: Eine Auseinandersetzung über die Handhabung und Wirkung von Sprengstoffen. Denn gerade in dieser Beziehung sind nachgerade nur zu viele Fehler, welche auf Unkenntnisse zurückzuführen sind, gemacht worden...".

Danach folgt ein Abschnitt über die Wirkung und die Gefährlichkeit von Dynamit und die Möglichkeit, diesen Sprengstoff zur Zündung zu bringen, wobei als praktischstes der Gebrauch einer Sprengkapsel erklärt und mit Zeichnungen verdeutlicht wird.

Ab Seite 18 wird die Herstellung und Wirkung eines Schlagzünders beschrieben und empfohlen, welche Zündvorrichtungen am praktischsten sind.

Ab Seite 22 wird die Herstellun g und der Gebrauch von Zündstiften dargestellt, insbesondere welche Wirkung sie haben und welcher technische Ablauf beim Werfen der Bombe in deren Inneren vonstatten geht.

Auf Seite 25 wird die Menge beschrieben, die nötigt ist, um bestimmte Gebäude zu zerstören "Paläste, Kirchen, Kasernen, Gerichtsbuden usw." Dazu folgt die Darstellung , an welchen Stellen des Gebäudes am praktischsten Sprengstoffe angebracht werden, damit sie die größte Wirkung erzielen. . . . .

RUNDBRIEF !!

AN BERLINER ANARCHISTISCHE GRUPPEN,
BETRIEBE/KOLLEKTIVE UND INDIVIDUEN

BETR.



LEUTE AUS VERSCHIEDENEN GRUPPEN UND BETRIEBEN HABEN SICH GETROFFEN UND ÜBER EIN BEDÜRFNIS NACH EINER UMFASSENDEN ANARCHISTISCHEN KOORDINATION GEREDET!
WIR SIND ZU DEM SCHLUß GEKOMMEN, DAß EINE Ⓐ – KOORDINATION IN WEST-BERLIN VIELE VORTEILE MIT SICH BRINGEN WÜRDE:

1) EINEN UMFANGREICHEREN INFORMATIONSAUSTAUSCH
2) STARKER UNSERE INHALTE DARZUSTELLEN
3) BESTEHENDE STRUKTUREN ZU FESTIGEN
4) VERBINDLICHKEITEN ZU FORDERN

DIES HEIßT FÜR UNS KONKRET:

ZU 1): REGELMÄßIGES TREFFEN (CA. 1XMAL IM MONAT, ANFANGS VIELLEICHT ÖFTERS), EIN BULLETIN HERAUSBRINGEN, AUS DEM EIN REGIONALINFO ENTSTEHEN KÖNNTE!

ZU 2): DISKUSSIONEN IM GRÖßEREN RAHMEN STATTFINDEN ZU LASSEN (DURCH GEMEINSAME DEMOAUFRUFE. ANARCHISTISCHE GROßVERANSTALTUNGEN, WIE INFOTAGE. KONZERTE...!

ZU 3): DIE ARBEIT VERSCHIEDENER BESTEHENDER GRUPPEN, BETRIEBE UND KOLLEKTIVE ZU FÖRDERN UND IMPULSE ZU SETZEN!

ZU 4): GEMEINSAM GEGEN REPRESSION VORGEHEN (SCHWARZE HILFE GRUPPE ETC.)

ALLE, DIE AN EINER DERⒶRTIGEN KOORDINATION INTERESSIERT SIND, SOLLEN KRITIK, ANREGUNGEN UND STELLUNGNAHMEN AN UNSERE KONTAKT-ADRESSE:

AURORA- VERLAGSAUSLIEFERUNG
KNOBELSDORFFSTR.8
1/19

SCHICKEN!

EIN TREFFEN AM 4.DEZEMBER 88 WIRD VORBEREITET: 14.00 (ERSTES/ZWEITES FRÜHSTÜCK) IM

El Locco
Kreuzbergstr. 43
1/61

MIT LIBERTÄREN GRÜßEN

EINIGE WEST-BERLINER GRUPPEN UND BETRIEBE

DER PROZESS GEGEN JANIN + WOLLI hat angefangen !

Sieben Festnahmen nach dem „Terroristen"-Prozeß

Von Peter Kopf

abendzeitung 9.11.88

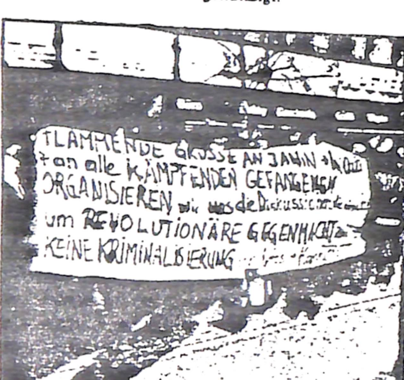
München – „Terroristen"-Prozeß in München: Wegen Unterstützung einer politischen Vereinigung müssen sich Janin S. (23) und Wolfgang K. (27) vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht verantworten. Sie sollen im November 1986 eine Veranstaltung „zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD" mitorganisiert haben. Nach dem ersten Verhandlungstag zogen 94 Zuhörer in einem Demonstrationszug zu einem Szene-Lokal in der Kreitmayrstraße. Sieben wurden wegen Widerstands und Beleidigung festgenommen.

13 Verhandlungstage sind für den Prozeß angesetzt. Gestern begründete Oberstaatsanwalt Hubert Vollmann die Anklage: „Zweck dieser Veranstaltung war es, über die aktuelle Lage der ‚Rote Armee Fraktion' umfassend zu informieren, für deren Ziele zu werben und (...) weitere Unterstützung für die RAF zu erreichen." Angehörige der RAF-Gefangenen wollten über Isolationshaft und die Forderung nach einer Zusammenlegung diskutieren. Kurz nach Beginn sprengte die Polizei die Veranstaltung in der Gaststätte Zunfthaus. 113 Personen wurden fotografiert, acht vorläufig festgenommen.

Das Verbot war offenbar den Veranstaltern nicht bekannt.

Die Anwälte Michael Moos und Michael Reiss sehen darin einen Eingriff in die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Tendenz der Strafverfolgung – ähnliche Prozesse laufen zur Zeit auch in Hamburg und Berlin – sei es, daß „in Zukunft bereits Besucher einer solchen Veranstaltung strafrechtlich verfolgt werden" können. Dies sei ein „gefährlicher Schritt in Richtung Gesinnungsjustiz".

Ein Veranstalter-Kollektiv hat für den 14. November, 20 Uhr, in der Manege eine Versammlung zu den Prozessen angekündigt.



Nicht alle durften mithören. Die Ausgeschlossenen protestierten vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht.

Die Polizei räumt ein Szenelokal, in dem sich 100 „Autonome" nach dem Prozeß versammelten.

zum ersten prozesstag waren über 100 leute gekommen - es sind nicht alle in den saal reingekommen, dafür war die stimmung vor dem gericht trotzdem gut; es wurden lieder gesungen und parolen gerufen.
janin und wolli haben eine gemeinsame erklärung vorgelesen. in der mittagspause sind die prozessbesucher/innen zusammen zum mittagessen in eine kneipe gegangen. nach kurzer zeit zogen davor mehrere usk-einheiten auf, um zu räumen, von allen anwesenden die personalien festzustellen. die begründung der bullen: "die wirtschaft ist ein verrufener ort".
ihnen stinkt die breite + brd-weite mobilisierung, die es gegen die kriminalisierung unserer diskussionen und zum prozess der beiden gibt. ihre versuche uns einzuschüchtern und uns voneinanderzu trennen, kommen nicht an,
WEIL WIR ZUSAMMEN KÄMPFEN !!

VERANSTALTUNG

zum §129a-Prozess in München wegen der verbotenen Veranstaltung „zur Situation der politischen Gefangenen in d... vember 1986 in der Gaststätte Z...

DIESE VERANSTALTUNG FAND STATT !!!

am 14.11.1988 in der Manege,
Steinseestr.2, 20.00 Uhr

die veranstaltung war mit auflagen belegt die einem verbot gleichkommen; die auflagen :
- 6 bullen mit tonbandgeräten sollen im saal sein
- die parole " wir sind nicht alle , es fehlen die gefangenen" und " freilassung von günther sonnenberg" darf nicht gerufen, bzw. diskutiert werden.
- über dem prozess von janin und wolli darf nicht berichtet werden und die betroffenenen sollen nichts erzählen

am abend der veranstaltung sind die bullen noch vor beginn in den saal eingebrochen, sassen da mit ihren tonbandgeräten und setzten die bedingung, dass nur 128 leute in den saal dürfen.
zu ihrer unterstützung waren mehrere wannen mit usk- und sek-einheiten auf der strasse. nach einiger zeit von verhandlungen zwischen dem veranstalter/-kreis und der bulleneinsatzleitung waren über 3oo leute, die zu der veranstaltung wollten auf der strasse.
die veranstalter und die referenten gaben eine pressekonferenz im saal, in der sie erklärten warum die veranstaltung unter diesen bedingungen, mit bullen im saal und mit diesen auflagen nicht stattfinden kann und über mundpropaganba wurde ein anderer ort bekanntgegeben, die tu-mensa, in der zu dem zeitpunkt ein fest war.
nach einer stunde wa ren über 4oo leute in der tu-mensa eingetroffen und alle referenten.
nachdem den student/innen erklärt war, warum die leute da sind, dass sie auf eine veranstaltung wollen, um etwas über den prozess gegen wolli und janin zu erfahren und zur situation der politischen gefangenen in der brd, unterbrach ein asta-vertrtreter das fest und die veranstaltung konnte nun ohne auflagen und bullen im saal anfangen.
der anwalt von janin sagte etwas zum bisherigen prozessverlauf, ausserdem gab es beiträge von pieter bakker-schutt, c. binswanger und einer angehörigen von politischen gefangenen. zuletzt wurden gursadressen aus hamburg und berlin vorgelesen. auf der veranstaltung war eine starke stimmung, zwischen den beiträgen wurden immer wieder parolen gerufen, vor allem : wir sind nicht alle, es fehlen die gefangenen ! in hamburg war zur selben zeit eine spontandemo zur unterstützung der veranstaltung in münchen, die kurz aufgelöst wurde und dannach als spontandemo durch die innenstadt weiterging, wobei scheiben von mehreren banken plattgemacht wurden.
dass die veranstaltung so durchgeführt werden konnte ist ein erfolg für alle, die für ihre durchsetzung gekämpft haben - es ist die erste veranstaltung seit 3 jahrem, die zu diesem thema stattfand, ohne vorher abgeräumt zu werden. grund dafür ist sicher nicht nur die breite mobilisierung, sondern vor allem dabei die entschlossenheit von allen, dass es nun genug ist, wir zusammen sein, uns informieren und diskutieren wollen, über das was wir brauchen. und dass es seit der räumung der veranstaltung im zunfthaus vor 2 jahren ein bewußtsein darüber gibt, dass wir uns diese räume erkämpfen müssen.
der prozess gegen wolli und janin wurde für eine woche ausgesetzt und geht am 22.11. um 9.14 uhr weiter .

KOMMT ALLE ZU DEN NÄCHSTEN PROZESSTERMINEN !!

Wir sind nicht alle es fehlen die Gefangenen

Prozesstermine:
22. 23. 24. (25.)
OLG Schleissheimerstr. 139
Raum A128

Spendenaktion

Was Contras und Wirtschaftsblockade nicht geschafft haben, soll jetzt den Folgen des Hurrikans überlassen werden!

Was wir alle mittlerweile durch die Medien erfahren haben, ist, daß der Wirbelsturm in Nicaragua 116 Tote gefordert hat, viele Menschen noch vermißt werden und es über zweihundert Schwerverletzte gibt.

Die Stadt Bluefields an der Atlantikküste ist dem Erdboden gleichgemacht, die dortige Fischerei-Infrastruktur zerstört. Viele andere Orte sind auch verwüstet. 500.000 Menschen (1/7 der Bevölkerung) sind obdachlos.

Die am schwersten betroffene Region, schon unter Somoza eine der ärmsten und am wenigsten versorgte des Landes, ist in den letzten Jahren verstärkt von der Sandinistischen Regierung gefördert worden. Die im Rahmen dieses Aufbauprogrammes geschaffenen Infrastrukturen, die Schulen und Gesundheitszentren, die Straßen und Brücken, landwirtschaftliche Projekte etc. sind durch den Wirbelsturm zum großen Teil vernichtet. Ähnlich sieht es auf den Kaffee- und Bananenplantagen aus. Die Exportprodukte sind ebenso betroffen wie die Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung, Reis und Bohnen. Um zu begreifen, was diese Schäden für

Nicaragua

bedeuten, muß man sich an die schwierige Situation des Landes schon vor dem Wirbelsturm erinnern: nach fast acht Jahren Krieg, finanziert und gelenkt durch die USA, nach vier Jahren US-Wirtschaftsblockade befindet sich Nicaragua wirtschaftlich am Rande des Ruins. Der Hurrikan hat die Entwicklung des Landes um Jahre zurückgeworfen. Der Präsident Nicaraguas, Daniel Ortega, sagte in Ansprache, daß die entstandenen Schäden um ein Vielfaches die Zerstörungen des achtjährigen US-Contra-Krieges übersteigen.

65% sämtlicher Straßen , die zum Abtransport des Kaffees notwendig sind, wurden durch den Hurrikan zerstört. Die Lebensmittel werden knapp. Zudem besteht durch Überschwemmungen akute Seuchengefahr. Der geschätzte Schaden ist schon jetzt zehnmal höher als der Betrag der jährlichen Exporteinnahmen. Das größte Problem liegt jedoch in den Folgeauswirkungen.

Die Kräfte, die seit Jahren versuchen, die Sandinistische Regierung zu stürzen, wittern jetzt ihre große Chance; die Kriegsstrategen in Washington und Europa reiben sich die Hände:

- Die Contras nutzen die Situation verstärkt aus und überfielen einen Krankenwagen sowie einen Evakuierungstransport im Katastrophengebiet. Zwei weitere Angriffe folgten im Norden, bei denen mehrere Zivilisten ums Leben kamen.

- Die USA verweigern jede Hilfe mit der Begründung, die Sandinistische Regierung würde die Katastrophe propagandistisch für ihre Ziele ausnutzen. (Zur gleichen Zeit bedankte sich die Contra bei Ronald Reagan für die geleistete Militärhilfe der letzten Jahre!)

- Kurz nach dem Hurrikan wurde eine unabhängige Hilfskomission ins Leben gerufen, der u.a. internationale und nicaraguanische Nicht-Regierungsorganisationen angehören. Aber da mochte die rechte Opposition nicht mitmachen und grün-

dete eine eigene "Hilfs"-Organisationen unter Vorsitz von Kardinal Obando y Bravo. Dieser hatte schon 1979 begonnen, über die katholische Kirche eine Opposition gegen die Sandinisten aufzubauen.
In dieser Organisation sitzen u.a. der reaktionäre Unternehmerverband COSEP (deren Vorsitzender 1986 der CIA-Mitarbeit überführt wurde), dessen Unterorganisation für kleine und mittlere Unternehmer sowie die Freiberufler-Organisation CONAPRO. Erklärtes Ziel dieser Gruppierungen ist der Sturz der Sandinistischen Regierung. Sie erhalten seit Anfang der 80er Jahre finanzielle Unterstützung durch die CDUnahe Konrad-Adenauer-Stiftung.

Von den 3,25 Millionen DM "Sofort"-Hilfe ist bisher noch kein Pfennig nach Nicaragua gegangen. Ein Vertreter des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit sagte auf einer Veranstaltung, daß diese Gelder weder dem Roten Kreuz noch der nicaraguanischen Regierung übergeben werden, sondern einer privaten Organisation. Es ist anzunehmen, daß diese Gelder in den Händen der obengenannten Organisationen landen und eher im Interesse der US-Regierung als im Interesse des nicaraguanischen Volkes eingesetzt werden. Die Katastrophenopfer werden davon wenig sehen.

Seit 1982 verweigert die Bundesregierung die Auszahlung bereits bewilligter Entwicklungshilfegelder in Höhe von 40 Millionen DM.

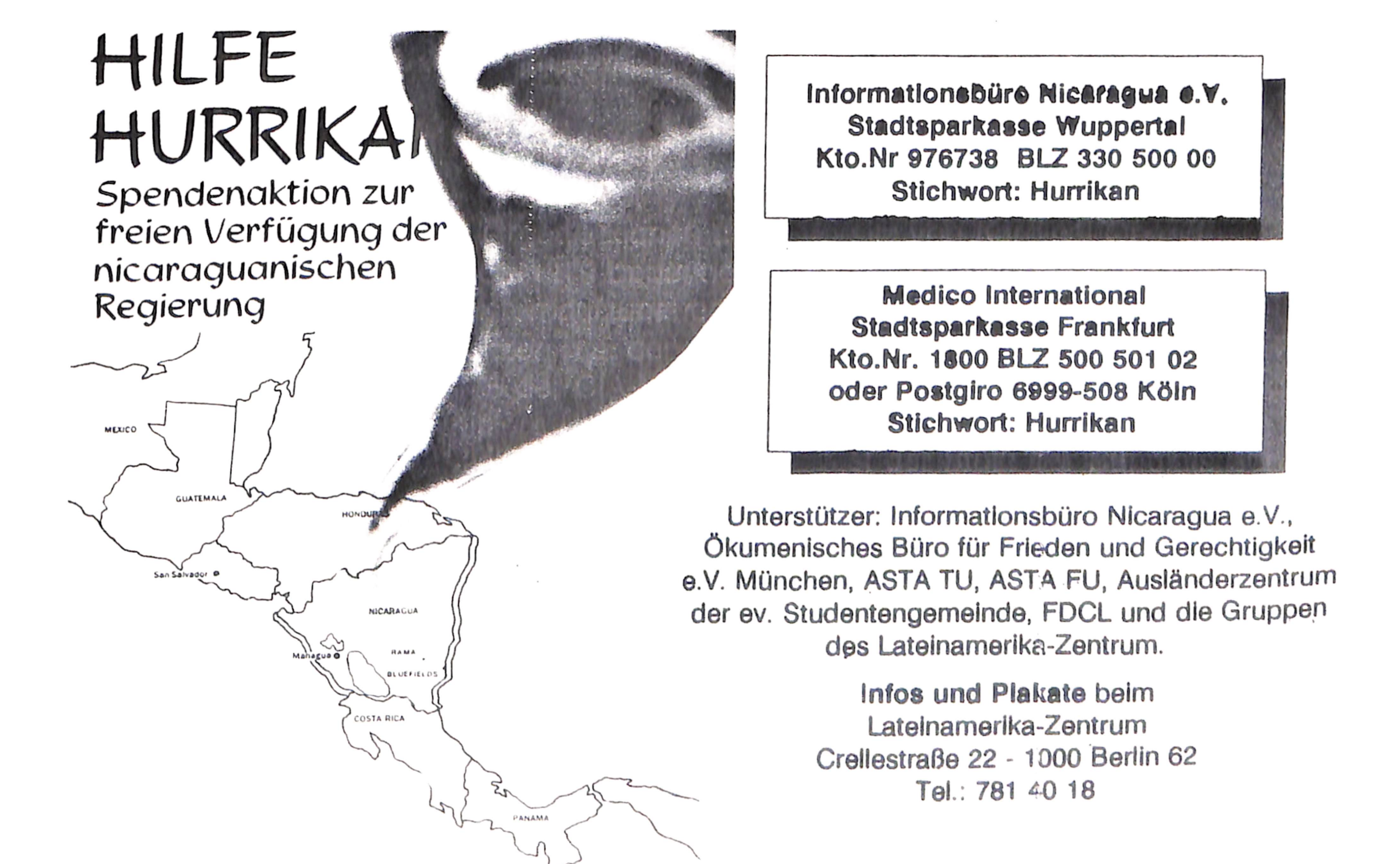
Nach dem Erdbeben 1972 in Nicaragua bewilligte sie dem damaligen Diktator Somoza eine Soforthilfe über 25 Millionen DM. Der Bevölkerung kamen diese Gelder nicht zu Gute - Somoza baute damit sein Wirtschaftsimperium aus.

Auch in der Bundesregierung und in der Konrad-Adenauer-Stiftung sitzen die Gegner der nicaraguanischen Revolution ungestört an ihren Schreibtischen!

Stören wir sie!!!!

Unsere Aufgabe ist es, diese heuchlerische Politik zu entlarven und gleichzeitig konkrete Solidarität zu zeigen:

Spendet schnell und zahlreich!!!



Eduardo, Rafael und Pablo Vergara Toledo - Presentes!

Am Samstag, den 5.11.1988, starben in Temuco, im Süden Chiles, 2 Jugendliche. Die erste offizielle Version lautet, daß die beiden als Mitglieder der "Frente Patriótico Manuel Rodriguez" (Patriotische Front Manuel Rodriguez, FPMR) beim Installieren einer Bombe in die Luft gesprengt wurden. In derselben Woche, einen Monat nach dem Plebiszit vom 5.Oktober kamen außerdem drei weitere Jugendliche, darunter der Student Ernesto Contreras, ums Leben.

Dafür, daß die offizielle Version nicht stimmt, sondern sie von der Militärdiktatur und ihrem Geheimdienst CNI ermordet wurden, spricht, daß es sich bereits in der Vergangenheit mehrfach nachweislich um sorgfältig inszenierte Morde der chilenischen Repressionsorgane handelte, wenn Mitglieder von militanten Gruppen bei angeblichen Schußwechseln oder "selbst hervorgerufenen" Explosionen starben. So glaubt in Chile niemand der offiziellen Version. Im Falle Ernesto Contreras traten die StudentInnen der Universidad de Santiago (der ehem. TU) in einen Streik, um die Aufklärung seines Todes durchzusetzen. Aussagen chilenischer Menschenrechtsgruppen zufolge war er bei der angeblich von ihm verursachten Explosion bereits tot oder zumindest bewußtlos

Bei den beiden am 5.11. getöteten Jugendlichen handelt es sich um Pablo Vergara Toledo, 25 Jahre alt, und Araceli Romo, Pobladores-Sprecherin.
Ihrem Tod vorangegangen war eine Offensive der "Patriotischen Front Manuel Rodriguez" (FPMR).

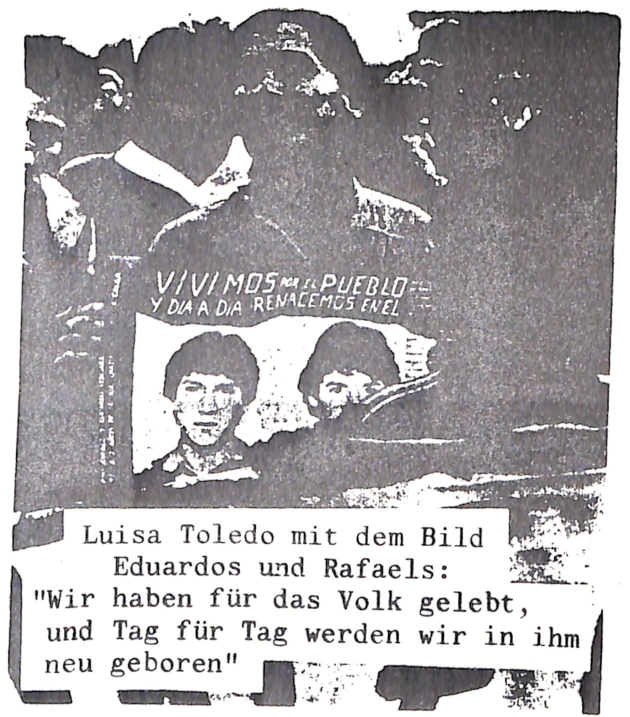
Die FPMR, Ende der 70er Jahre wesentlich von der Kommunistischen Partei Chiles (PC) im Zuge von deren Radikalisierung unter der Militärdiktatur ins Leben gerufen, hatte seit Ende 1983 als "bewaffneter Arm des Volkes" eine zunehmende Zahl von Sabotageakten, Enteignungsaktionen und bewaffneten Angriffen, der spektakulärste davon war das knapp gescheiterte Attentat auf Pinochet im Sept.1986, zur Unterstützung der wachsenden sozialen Mobilisierung gegen das Regime durchgeführt.
Ihre Milizen und Guerillaeinheiten setzten sich von Anfang an über die Basis der PC hinaus aus Mitgliedern anderer Parteien der chilenischen Linken, sozialer Organisationen und radikalen Christen zusammen. Nach der Zuspitzung der Differenzen mit der PC, v.a. über das Verhältnis von Bewaffnetem Kampf und der immer mehr durch taktische Anpassungen gekennzeichneten Politik der Parteiführung, vollzog der größte Teil der FPMR 1987 den endgültigen Bruch mit der Kommunistischen Partei. Die spektakulärste Aktion danach war die Entführung des hohen Offiziers Carreño, der schließlich in Brasilien freigelassen wurde, nachdem seine Familie in chilenischen Poblaciones Lebensmittel verteilen lassen hatte.

Für die Zeit vor und während des Plebiszits hatte die FPMR einseitig die Einstellung bewaffneter Aktionen verkündet, um so nicht dem Anliegen zahlreicher ChilenInnen zu schaden, die "mit ihrer Stimmabgabe für das NEIN aufrichtig zur Beendigung der Diktatur beitragen wollten". Gleichzeitig lehnte sie das Plebiszit aber als Teil der Institutionalisierungsbestrebungen der Diktatur ab und kündigte für den voraussehbaren Fall, daß das Regime seine Niederlage nicht durch die sofortige Einleitung einer umfassenden und tatsächlichen Demokratisierung anerkennen würde, eine neue Offensive an.
Mit dem spektakulären Angriff auf Polizeigrenzposten im Südosten Chiles begann diese hier kaum beachtete Offensive in der zweiten Oktoberhälfte, für die FPMR nur ein Schritt im Aufbau eines "großen und patriotischen Volksheeres". Zur Strategie der "Guerra Patriótica y Nacional", des "Patriotischen und Nationalen Krieges, d.h. des Kriegs eines ganzen Volks und auf allen Gebieten", gibt es für sie keine Alternative außer dem Fortbestehen des gegenwärtigen Systems mit bestenfalls kosmetischen Änderungen.
Mit der Lahmlegung der Stromversorgung Santiagos und anderer Städte, verbunden mit verschiedenen Aktionen und der Forderung nach dem sofortigen Rücktritt Pinochets, setzte die "Frente Patriótico Manuel Rodriguez" Anfang November ihre Offensive fort.

Vieles deutet darauf hin, daß die Ermordung Araceli Romos und Pablo Vergara Toledos am 5.11. eine Reaktion des Regimes auf die FPMR-Offensive ist. Auch aus der Zone um Los Queñes, einem der angegriffenen Grenzposten, kommen widersprüchliche Nachrichten von Verhaftungen, Folter und der Entdeckung angeblich toter vermeintlicher Guerilleros.

Am Abend des 11.November fand im Süden Santiagos die Beerdigung Pablo Vergara Toledos statt. Seine Mutter, Luisa Toledo, hatte bereits Anfang der Woche einen Hungerstreik für die Aufklärung des Todes der fünf während der ersten Novemberwoche getöteten Jugendlichen und die Bestrafung der Schuldigen begonnen. Der Tod der vier anderen betrifft sie nach ihren Worten genauso wie der ihres eigenen Sohnes Pablo.

Pablo ist nicht der erste Sohn der Familie Vergara Toledo, den der entschlossene Kampf gegen die Diktatur das Leben kostete. Am 29.März 1985 wurden die beiden jüngsten Söhne, Eduardo und Rafael, bei einem angeblichen Schußwechsel mit Bullen getötet. "Eduardo wurde von hinten erschossen und starb sofort. Rafael wurde am Bein verletzt, mit Füßen, Fäusten und Gewehrkolben der Polizisten geschlagen, von ihnen zu Boden geworfen und dann ins Auto gezerrt und dort mit einem Genickschuß getötet. Er war gerade 18 Jahre alt" erinnert sich Luisa, die Mutter, an die von mehreren Augenzeugen dokumentierten Ereignisse. Eduardo und Rafael waren Militante des MIR, der "Bewegung der Revolutionären Linken" Chiles, gewesen und waren bei einem Besuch der Villa Francia, der Población, in der sie mit ihrer Famile gelebt hatten, bevor sie aufgrund der immer massiveren Repression untertauchen mußten, von den Bullen verfolgt und dann gezielt in eine Falle gelockt worden.



Luisa Toledo mit dem Bild Eduardos und Rafaels: "Wir haben für das Volk gelebt, und Tag für Tag werden wir in ihm neu geboren"

Im März diese Jahres fanden in der Villa Francia Aktivitäten zum dritten Jahrestag ihrer Ermordung statt - unter dem Thema: "Weil das Leben die höchste Rebellion ist, sind sie heute gegenwärtig im Kampf des Volkes!" Ganz deutlich wurde dabei, welche Ausstrahlung Eduardo und Rafael und ihr Handeln auch noch drei Jahre nach ihrem Tod auf die Menschen in der Población und vor allem die Jugendlichen haben. Wut und Trauer über den Mord und die Forderung nach dessen Aufklärung und der Bestrafung der Täter verbanden sich mit den konkreten Anstrengungen, die Organisierung in der Villa Francia weiter voranzutreiben, und dem Aufruf, den Kampf der beiden MIR-Milistas weiterzuführen. Der 29.März ist weit über die Villa Francia hinaus zum "Tag des jungen Kämpfers" geworden, an dem in Chile auf kämpferische Weise an die Jugendlichen erinnert wird, die in den Jahren der zunehmenden Mobilisierung seit 1983 umgebracht wurden.

Pablo und Anita, die beiden überlebenden Kinder der Familie Vergara Toledo mußten Chile nach dem Tod ihrer Brüder aus Sicherheitsgründen sofort verlassen, sodaß die Eltern, Luisa und Manuel alleine zurückblieben.
Rückblickend beschreibt Luisa die Politisierung der Familie in der christlichen Basisgemeinde ihrer Población seit den 70er Jahren in einem Interview mit der Zeitschrift "análisis" vom März 1988 folgendermaßen:

"Wir hatten ein sehr herzliches Verhältnis untereinander, und alle waren innerhalb der Familie gleichberechtigt. Es war eine sehr schöne Zeit. Wir waren alle Teil der christlichen Basisgemeinde. Dort begann unser politisches Engagement, das sehr hoch war. Der Priester Mariano sagte uns: Weil wir als Christen zu dieser Gemeinschaft gehören, müssen wir dem einfachen Volk gegenüber verpflichtet sein. Was macht jeder aus seiner Verpflichtun? Wir vertieften uns in diese Frage, und dieses Mitteilen und Aufnehmen steckte die ganze Familie an.
Es kam der Moment, wo die Kinder ihre politische Verpflichtung übernahmen, die wir alle diskutierten. Über ihre Teilnahme im MIR redeten wir viel. Wir kannten den MIR nicht. Wir wußten, daß es sehr engagierte Leute waren, die der Repression besonders stark ausgesetzt waren. Wir verstanden ihre Form des Kampfes nicht. In Wirklichkeit hatten wir Angst und litten sehr, als die Kinder begannen, beim MIR mitzumachen. Sie sagten uns ihre Argumente, wir sagten ihnen unsere, und ihre waren einleuchtend."
Wie hat Luisa den Tod Eduardos und Rafaels verkraftet?
"Es war so, als wenn ich ein bißchen mit ihnen gestorben wäre und dann zum Leben zurückkehrte. Denn das Weizenkorn stirbt nicht, sondern trägt neue Früchte! Und außer daß ich Mutter bin, bin ich eine Frau, die schon vorher eine politische Verpflichtung hatte, die sich nach und nach weiterentwickelte. Wenn ich unsere Menschen sehe, die am meisten Unterdrückten, diese Gesichter jeden Tag, die Prostitution, die Kinder, die krank sind, dieses schreckliche Elend, die Erniedrigung, und wenn ich sehe, daß diese Menschen nach den 25 Jahren meines politischen Engagements immer noch genauso weiter leiden, dann verstehe ich jetzt, drei Jahre nach Eduardos und Rafaels Ermordung, daß die einzige Gerechtigkeit, die es für sie geben kann, und das Einzige, was mich wieder glücklich machen kann, die Glücklichkeit der Menschen ist, für die wir so viele Jahre gekämpft haben."

Luisa ist seit einigen Jahren Mitglied der "Bewegung Sebastian Acevedo gegen die Folter", einer Gruppe engagierter Christen aus verschiedenen Richtungen der Opposition, die immer wieder mit gewaltfreien Kundgebungen, Demos und Aktionen Folter und Menschenrechtsverletzungen des Regimes anklagt, sich für die Freilassung der politischen Gefangenen und andere Opfer des staatlichen Terrors einsetzt.
Zum Verhältnis zwischen ihrem gewaltfreien Engagement und gewaltsamen Formen des Widerstands gegen die Diktatur sagt sie:
"Meine Teilnahme am "Movimiento Sebastian Acevedo" hat bedeutet, mich der Herausforderung zu stellen, die für uns Christen darin besteht, eine uns entsprechende Form des Kampfes zu entwickeln, was wir v.a. gegenüber der Jugend nicht ausreichend getan haben. Ich kann andere, entschlossenere Formen des Kampfes nicht verurteilen, denn es gibt sie, weil wir nicht in der Lage waren, eine Alternative aufzuzeigen. In diesem Land müßte es Hunderte Bewegungen gegen die Folter geben (...).
Warum geht denn von den Aktionen des Frente (der FPMR) eine so starke Anziehung auf die Jugendlichen in den Poblaciones aus? Warum werden sie nicht angezogen von Aktionen von Christen in einem starken und permanenten Kampf gegen die alltägliche Kultur des Todes, des langsamen Todes durch den Hunger, die Prostitution oder die Drogen oder des gewaltsamen Todes?
Solange es einen solchen Kampf aller Christen nicht gibt und sich das nicht ändert, werden wir diese entschlosseneren Formen des Kampfes akzeptieren müssen. Wir werden sie unterstützen müssen, wenn wir nicht in der Lage sind, eine andere Form des Kampfes zu entwickeln, wie ihn die "Bewegung Sebastian Acevedo" aufzeigt."

Das Schicksal und der Kampf der Familie Vergara Toledo und der Menschen in ihrer Población stehen für die Kontinuität von Repression und Kampf in Chile:
Wurden in der Villa Francia in den letzten Jahren mehrer Jugendliche von Bullen, Militär und Geheimdienst ermordet, so weist der Priester der christlichen Gemeinde "Christo Libertador" jetzt darauf hin, daß Pablo Vergara Toledo bereits das zweite Opfer aus der Población innerhalb nur eines Monats ist: Nur einen Tag nach dem Sieg des NEIN am 5.Oktober wurde ein 15-Jähriger bei einer Demonstration von einem Bullen durch Kopfschuß getötet. Und zwischen der Ermordung Eduardos und Rafaels und dem Tod Pablos liegen zwar dreieinhalb Jahre und ein Plebiszit, bei dem der Diktatur trotz aller Einschüchterung, Repression und Betrugsmanöver eine eindeutige Absage erteilt wurde; am Wesen des Unterdrückungsmodells hat sich inzwoischen aber nicht das Geringste geändert.

Warum auch? Ein terroristischer Repressionsapparat, ökonomische Herrschaftsstrukturen und Ausbeutungsverhältnisse, in 15 Jahren den Bedürfnissen von transnationalem Kapital und chilenischer Oberschicht entsprechend etabliert, lassen sich nun einmal weder abwählen noch wegverhandeln.

Genau das ist es aber, was die Politiker, die sowohl in Chile als auch hier das Bild der "demokratischen Opposition" prägen, dem chilenischen Volk weismachen wollen.
Vor allem Patricio Aylwin, Vorsitzender der chilenischen Christdemokraten, 1973 zumindest an der ideologischen Vorbereitung des Putsches maßgeblich beteiligt und seit einigen Jahren von US-Imperialismus und westeuropäischen Christdemokraten unterstützt, und Ricardo Lagos, Führer der rechts-sozialdemokratischen "Sozialistischen Partei Nuñez" und der von der westeuropäischen Sozialdemokratie favorisierten "Partei für die Demokratie" (PPD), der die in der "Vereinigten Linken" (IU) zusammengeschlossenen Parteien unter ausdrücklichem Ausschluß der PC zum Juniorpartner der Christdemokraten einen will.

Für sie ist der blutige Diktator Pinochet inzwischen zum anerkannten Verhandlungspartner avanziert. Die chilenischen ArbeiterInnen, Pobladores etc., deren Kämpfe sie stets nur als Druckmittel, instrumentierbar für ihren Aufstieg zu Verhandlungspositionen, akzeptiert oder befürwortet haben, fordern sie nun zur Zurückhaltung bei sozialen Mobilisierungen auf, um "den Sieg des NEIN nicht zu gefährden".
Die, die den tatsächlichen Inhalt des NEIN, nämlich den Bruch mit dem System der Diktatur in jeder Hinsicht, mit allen Mitteln, von der sozialen Mobilisierung bis zum bewaffneten Kampf, durchsetzen wollen, denunzieren sie als "Terroristen".
Dem chilenischen und transnationalen Kapital geloben sie die Respektierung des Privateigentums, was für große Trile des chilenischen Volkes unverändertes Elend bedeutet. Dem Militär gegenüber betonen sie ihre unbedingte Loyalität, was u.a. auf Straffreiheit für die Verantwortlichen für 15 Jahre Menschenrechtsverletzungen und Staatsterror hinausläuft. Und die (im Moment ca. 450) politischen Gefangenen in Chile, durch das Terrorregime in den Knästen in akuter Lebensgefahr, sind für sie kein Thema.

Aylwin, Lagos und Co. verfügen in Chile und international über Öffentlichkeit für ihre Positionen. Sie haben finanzstarke und mächtige Hintermänner in den USA und Westeuropa, wo inzwischen eine durch einen kontrollierten "Demokratisierungsprozeß" zu schaffende Regierung aus Vertretern des Regimes und der Mitte-Rechts-Opposition als ideal für die Kontinuität der Wahrung der imperialistischen Interessen angesehen wird.
Und sie profitieren offenbar davon, daß viele Menschen in Chile erschöpft sind vom jahrelangen Kampf und verlustreichen Widerstand und geblendet vom sogartigen Rausch der von westlichen Werbeagenturen wesentlich mitgeprägten Plebiszit-Kampagne. Sie möchten nur zu gerne glauben, daß der Weg der Verhandlungen zwischen Parteiführern und Regime ihnen tatsächliche Veränderungen bringen kann.

Diese Hoffnung dürfte sich schnell als Illusion erweisen, aber die Desillusionierung kann auch zu anhaltender Resignation führen.
Deshalb zielt der Kampf der revolutionären Linken Chiles nicht zuletzt auf die längerfriustig angelegte Schaffung einer sichtbaren Alternative, die zum Bezugspunkt und zur Perspektive all derer werden kann, denen es um eine grundlegende Überwindung, die Zerschlagung des wirtschaftlichen und sozialen, des juristischen und politisch-repressiven Modells der Diktatur gehen muß, als voraussetzung für ein würdiges Leben.

Die Kämpfe, die heute, nach dem Abstimmungssieg des NEIN, gegen die Institutionalisierungsbestrebungen des Regimes geführt werden, sind viel umfassender, als es uns die an den Verlautbarungen der etablierten "Opposition" orientierten bürgerlichen Medien ahnen lassen:
Die Angehörigengruppen haben nach dem Plebiszit nicht aufgehört, für die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und gegen die drohende Straffreiheit für die Staatsterroristen in Regierung und Repressionsapparat zu kämpfen. Ein zweiter "Hungermarsch" der Pobladores fand trotz massiver Repression statt. Innerhalb der Gewerkschaftszentraleschaftszentrale CUT wird die Ausrufung eines Generalstreiks mit dem Ziel des sofortigen Rucktritt Pinochets gefordert.
Der MIR, nach mehreren schweren Repressionswellen und einer Spaltung geschwächt, ist weiter in allen Bereichen gesellschaftlicher Kämpfe präsent und arbeitet am Ausbau illegaler und bewaffneter Strukturen. Und die Offensive der FPMR gegen die Verlängerung des diktatorialen Systems wird ohne Zweifel weitergehen.

Im Kampf all dieser Menschen leben Eduardo, Rafael und Pablo Vergara Toledo und alle, die vor und mit ihnen gefallen sind, weiter.

Ihnen gehören unsere Solidarität und unsere Zärtlichkeit!

Venceremos!





K O N T A K T

Meinungen, Komentare, Bestellungen bitte an:

c/o Cafe & Buch
Holstenstrasse 186
2000 Hamburg 50

Sendungen nur gegen Vorkasse 10 Dm-Schein(incl. Porto)

VORWORT

Diese Broschüre entstand aus unserem Interesse an Euskadi und ist auch Ausdruck unser persönlichen Kontakte zu Genossen/innen in Euskadi,deren Anspruch es ist,daß dieser/ihr Widerstand bei uns bekannt wird.
Diese Broschüre erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.Sie ist Ergebnis unseres Auswählens und unserer Kontakte - wir das sind Leute aus dem autonomen/antiimperialistischen Widerstand in Hamburg.
Vieles fehlt: z.B. der militante Kampf der Werftarbeiter/innen von Euskalduna (Bilbo) - nachzulesen u.a. in den letzten Ausgaben der 'Wildcat',des 'Arbeiterkampfes',der 'Unzertrennlich';oder die Öko-Bewegung, die derzeit von der Umweltorganisation 'Eguzki' repräsentiert wird:...

Die Broschüre setzt politisch klare Priorität.Es geht uns um die autonome Linke in Euskadi,die Unabhängigen,die (totgeschwiegene) andere'Linke' im Vergleich zu der patriotischen Linken (Herri Batasuna und die das KAS-Bündnis tragenden Parteien und Gruppierungen).Deren Kampf verläuft zweigleisig: einerseits wird zuerst für einen baskischen Nationalstaat gekämpft,in dem dann andererseits Sozialismus verwirklicht werden soll.

Der Widerstand in Euskadi ist indes sehr viel breiter.Der autonome,unabhängige Widerstand entwickelt und begreift sich aus einem eigenständigen Politikverständnis und läßt sich nicht dem Kampf um nationale Befreiung von ETA und HB unterordnen.
Historisch hat sich der autonome Widerstand am deutlichsten in den Zielen und bewaffneten Aktionen der Commandos Autonomos Anticapitalistas (CAA) ausgedrückt,auch wenn es diese seit 4 Jahren faktisch nicht mehr gibt.Viele Unabhängige bzw. autonome Gruppen beziehen sich auf die Ideen der CAA.

Da es klar ist.das große Teile der BRD-Presse (einschließlich Linker) kein Interesse daran hat,über die Breite und Verankerung des Widerstandes in Euskadi zu berichten - über ETA wird nur dann berichtet,wenn es mal wieder ein paar ausschlachtbare Tote gegeben hat ; über den autonomen Widerstand keine Silbe...-nehmen die Gaztetxe-,Frauen-,Anti-Mili-Bewegung,die CAA,Hausbesetzungen,Freie Radios in dieser Broschüre breiten Raum ein...Dabei besonders die CAA,und zwar ohne das damit ein 'Mythos CAA' etwa als Kontrapunkt zum 'Mythos ETA' aufgebaut werden soll.

Zu ETA gibt es bei uns unterschiedliche Positionen.
Einige meinen:nur die bewaffneten Aktionen ETAs zu sehen,hieße,vollkommen kritiklos auf den 'Mythos ETA' hereinzufallen,ohne dabei die dahinterstehenden Strukturen,Organisationsformen,Inhalte etc. zu begreifen (milit.Kaderorganisation;autoritäre Befehlsstruktur;..)
Andere: die trotz bestehender Kritik (die auch in dieser Broschüre dokumentiert wird),in ETA eine revolutionäre Befreiungsbewegung zu sehen,der es gelungen ist,nicht nur bewaffnet zu kämpfen,sondern auch eine breite Akzeptanz in großen Teilen der Bevölkerung zu erreichen.

Uns geht es darum,klarzumachen,wo die Trennungslinie zwischen antikapitalistischem,antistaatlichem Befreiungskampf und patriotischem Nationalismus liegt.

Nicht zuletzt fällt bei der Beschäftigung mit Nord-Euskadi (franz.besetzter Teil) die länderübergreifende Zusammenarbeit: Auslieferung politischer Gefangener durch die Frankreich an den spanischen Staat,Export von BRD-know-how zur Aufstandsbekämpfung etc. im Kampf gegen den radikalen Widerstand auf.

Wir wollen ihnen,bei der Realisierung ihres imperialistischen Paradieses eines (Schweine-)"Europa ohne Grenzen" im Wege stehen.
Auch mit dieser Broschüre,indem wir uns einfach die dortigen Bedingungen des Kampfes verständlicher machen,um künftig vielleicht gemeinsame Sache zu machen.

★



immer noch

Gegen Zensur - Für Druck auf der Strasse

Demonstration am 3. 12. 88 12.00 Uhr

Treffpunkt: Springer
Abschlußkundgebung: Heinrichplatz

Beiträge auf der Demonstration zur Zensur allgemein, sowie aktuellen Vorfällen wie
- München,
- Sabot-Verfahren Hamburg
- und der **radikal**.

Abends feiern wir - **agit-Druck** - trotz dieser und anderer widriger Umstände unser 20ig-Jähriges im **Ex**.

21.00 Filme über den **agit**-Prozeß
22.00 **F·E·T·E**

400 Jahre Zensur - wir haben die Nase voll!



Donnerstag 24.11

19.00 Der Koch ist wieder gesund- Männerkiezküche in der 0 44

21.00 Film im KOB :

Intifada - Road to Freedom
von In A'd Rifaki 20 min engl.
Palästina 1988 (September)

Der Film erzählt die Geschichte des palästinensischen Aufstands gegen die israelische Militärbesatzung in der Westbank und im Gazastreifen. Bilder des lebendigen und vereinigten Widerstands gegen Bilder der Repression und der militärischen Angriffe. Sie zeigen die Entschlossenheit des plästinensischen Volkes und die aktive Rolle der Frauen und ihre Bedeutung für die Intifada.

Der Aufstand
von Kinkammersfoort und
VP Amsterdam 50 min
Niederlande 1988

Der Film entstand in der Anfangsphase der Intifada, zeigt die Hintergründe und die Folgen des sich zuspitzenden Konfliktes. Er beschreibt die soziale Situation des palästinensischen Volkes und das Unrecht, das ihnen geschieht, ebebso wie die Zerissenheit der israelischen Bevölkerung.
Es wird klar : Ohne eine Beteiligung der Palästinenser wird es keinen Frieden geben.

Freitag 25.11

11.45 Raum 246 Turmstr. 91 VOBO-Bußgeld-Prozeß

18.00 **Frauen- und Lesbenaktionsnacht Auftakt mit Demo am U-Bahnhof Gneisenaustr.**

18.00 Kiezküche in der Wrangel 90

Samstag 26.11

21.00 Die Junge Union Zehlendorf macht im Rathaus Zehlendorf eine Fete bei freiem Eintritt

22.00 Soli-Konzert im EX mit The EWINGS und special guests from usa

Während der Aktionstage gegen IWF und Weltbank gabs in Kreuzberg nen Brandanschlag auf 2 Mühlen von Genossinnen aus Karlsruhe ,die zur selben Zeit wegen ASOG im Knast saßen!! Es bedarf keiner besonderen Kombinationsgabe um zu erahnen wer dafür verantwortlich ist !Sachschaden ca. 5000,-DM

Sonntag 27.11

14.00 Kiezküche im Syndikat

16.00 Kiezcafe Falckeladen: Frauen-, Lesben-, Heteraszusammenhänge - Begriffsbestimmung

18.00 Kiezküche im Anfall (bis 20.30)

20.00 Film im EX: Küchengespräche mit Rebellinnen

Es erzählen Frauen aus dem antifaschistischen Widerstand. Sie haben KZ-Häftlingen bei der Flucht geholfen, den Widerstand der Partisanen unterstützt und gegen Folter und Isolation in den Knästen gekämpft.
VideoGROßBildProjektion

20.00 Grunewalddemo-Vorbereitungstreffen im Kerngehäuse, 2. Hof links in der Kantine







MINE

Montag 28.11 20.00 Film im Steps, Großbeerenstr. 64: "Küchengespräche mit Rebellinnen"

Mittwoch 30.11 18.00 Kiezküche in der Oranienstr.44

21.00 Film im KOB **(auch am donnerstag zur gleichen Zeit)**

Zensur, Gefängnis, Folter
von P. Kleinert und
M. Opperskalski 60 min
BRD 1988

Am Beispiel der hebräisch/arabischen Zeitung Hanitzotz/ Sharara, der "Zeitung des Aufstands" wird der Versuch der israelischen Regierung deutlich, den Aufstand und die Berichterstattung darüber zu unterdrücken. Das Video ist eine packende Reportage über Journalisten, die sich nicht den Mund verbieten lassen wollen und über ihr kampfendes Volk.

Donnerstag 1.12 ??.?? Männerkiezküche in der O 44

19.30 **Veranstaltung der Ini** Wohnen gegen Justizfestung im Gemeindesaal der St. Johanniskirche, Alt-Moabit 25

Freitag 2.12 17.00 Kurdistan-Solidaritäts-Konzert in der TU-Mensa 10 DM

Samstag 3.12 12.00 AGIT-Druck-Demo gegen Zensur für Druck auf der Straße Treffpunkt: Springer

17.00 ArbeiterInnen Versammlung im SYNDIKAT (Aufruf kommt nächste Woche)

22.00 AGIT-Fete im EX

Sonntag 4.12 20.00 Knast-Filmreihe im EX: "SCUM-Abschaum"

Nicaragua-Tage im Ökodorf vom 25.11.-4.12.88

25./26.11. Film:"Alesino und der Kondor",Nicaragua 82

27./28.11 Film:"Betreten verboten"BRD 84
"Wir geben enorm acht...Nicaragua muß überleben",BRD 87/88

29.11.88 Vortrag und Diskussion: H.Thielen TU:Umweltpolitik in Nicaragua-der Versuch,es anders zu machen

30.11.88 Vortrag und Diskussion: LAZ "Die Contra-Connection in der BRD"

1.12.88 Vortrag und Diskussion: Bärliner Kaffeegenossenschaft"Kaffeeanbau in Nicaragua-was geht uns das an?"

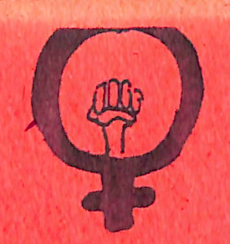
2.12.88 Film:"Las mujeres de la frontera",Nicaragua 87

3.12.88 Information/Diskussion über die aktuelle Situation in Nicaragua mit Jose Rizo(ATC) und Marcos Castro(UNAG) aus Nicaragua

4.12.88 Film:"Las mujeres..."

Beginn der Veranstaltungen jeweils 20.00 Uhr im Ökodorf,Kurfürstenstr.14,1/30

Während der ganzen Zeit auch ne Ausstellung"Für das freie Nicaragua-Fotografien und Texte",Mo.-Fr. 18.-22.00 Uhr/Sa./So. 16.-22.00 Uhr



Es geht jede Frau an



In den letzten Monaten wurden mehrere Vergewaltigungen in der Lausitzer- und Gneisenaustr. bekannt.Diesew Vergewaltigungen sind keine Einzelfälle.
Der Straßenterror stellt nur einen Bruchteil der Übergriffe von Männnern dar,die am Arbeitsplatz, in Familie und Bekanntenkreis bleiben Meist im Dunkeln.
Tagtägliche direkte Gewalt gegen Frauen ist der krasseste Ausdruck des grenzenlosen Herschaftsanspruchs von Männern auf Frauen,ihre Körper,Gedanken und Gefühle.
Das PATRIARCHAT drückt sich auch in den verschiedensten mehr oder weniger verschleierten Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen aus,z.B. der Minderbewertung oder Nichtbezahlung von Frauenarbeit.Von verschärfter Ausbeutung sind oft ausländische Frauen betroffen.Dt. Männer kaufen sich Frauen aus demTrikont(Asien,Afrika,Lateinamerika) als Ehe"partnerinnen", in den Puffs hier oder fliegen mit Bumsbombern in deren Heimatländer.

Hier wie dort haben wir Frauen nur die Alternative stark oder abgestumpft zu sein um die permanente Konfrontation mit den Männern so zu bewältigen,daß nicht unser gesamtes Lebensgefühl beeinträchtigt wird.
Wir werden nicht wegsehen,weghören und uns die Straße als unseren Lebensraum streitig machen lassen, sondern den Übergriffen etwas entgegen setzen:Heute nacht nehmen wir uns schonmal diese Straßen!
Nur offfensives und gemeinsames Handeln von Frauen wird die Tüpen in ihre Schranken weisen!Frauen,die aufeinander achten und sich füreinander einsetzen,sind keine leichte Beute mehr!



FRAUEN EROBERN SICH DIE NACHT ZURÜCK !!

AKTIONSNACHT

25. 11.,18Uhr,U-Bhf.Gneisenaustr.

auf der Straße...

- Wenn ihr euch verfolgt fühlt, geht nicht direkt nach Hause, sondern in Kneipen, bestellt ein Taxi oder laßt euch abholen. Sprecht Leute auf der Straße an, geht mit anderen Frauen zusammen
- Seid mißtrauisch! Vertraut nicht darauf, daß euch schon nichts passiert!
- Seid mißtrauisch, wenn ihr von Tüpen ungequatscht werdet!
- Schreit nicht „Hilfe" sondern „FEUER" (darauf reagieren die Leute eher)
- Steigt immer in den 1. U-Bahnwagen ein

Reagiert auf Hilferufe, Trillerpfeifen! Mischt euch ein, wenn ihr glaubt, daß Frauen bedroht werden! Lieber 1x zuviel als 1x zu wenig!!

Heute ist internationaler Aktionstag gegen Sextourismus, gleichzeitig mit Veranstaltungen in Thailand,Philippinen BRD und Amsterdam.

INTERNATIONALE FRAUENSOLIDARITÄT !!!

FÜR VIELE AKTIONSTAGE UND - NÄCHTE !!!



V.i.S.d.P. Lena Mirkel Hauptstr.57